

# STAND PUNKT

Christlich-politische  
Monatszeitschrift

November 2018

## «mittendrin»

### BRENNPUNKT PFLEGE

Die Finanzierung der Alterspflege ist eine grosse Herausforderung. Die EDU will mitgestalten.

Seite 2

### VOLKSABSTIMMUNG

Die einzelnen Abstimmungsvorlagen, Parolen und Abstimmungsempfehlungen inklusive.

Seiten 4-6

### KANTON ZÜRICH

- Keine Gebühren mehr für Fahrzeugprüfung
- Initiative schon unterschrieben?
- Jetzt spenden!

KANTONALTEIL



# Prämienstopp dank Nachhaltigkeit!



**Das Gesundheitswesen ist äusserst komplex. Die wenigsten haben den Durchblick, woran das System grundsätzlich «krankt». Krankenkassen, Dienstleister, Ärzte und öffentliche Hand schieben sich den Schwarzen Peter gegenseitig zu. Es scheint, dass nachhaltige Lösungen nur von einer unabhängigen Organisation eingebracht werden können.**

Arbeitsgruppe KVG der EDU Schweiz

Der Unmut über die Kostenexplosion im Gesundheitswesen ist so gross wie noch nie. Während die Reallöhne von 1996 bis 2017 im Durchschnitt jährlich bloss um rund 0,7 Prozent zunahm, stiegen die Krankenkassenprämien durchschnittlich um 4,6 Prozent pro Jahr.

## «Sorge Nummer 1»

Einerseits beklagt die arbeitende Bevölkerung die hohe Prämienlast und andererseits plagt sie die Ungewissheit, ob die Gesundheits-Versorgung in unmittelbarer Zukunft aufrechterhalten werden kann. So überrascht es kaum, dass diese Themen im aktuellen «SRG-Wahlbarometer» besonderes Gewicht erhalten: Die Krankenkassenprämien werden als «wichtigste politische Herausforderung» beurteilt, noch vor den Themen «Reform der Altersvorsorge» und «Ausländer, Zuwanderung». Für 42 Prozent der Befragten gehören finanzierbare Krankenkassenprämien zu den Top-3-Herausforderungen der Schweiz. Die Krankenkassenprämien werden in allen Landesteilen als wichtigstes Problem angesehen.

## Rasante Kostenexplosion

Seit der Annahme des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) 1994 explodierten die Gesundheitskosten in der Schweiz regelrecht. Die Gründe sind vielfältig, beginnend mit der stetigen Erweiterung des Leistungskatalogs, fehlender Kostentransparenz und Verantwortungen über nicht vorhandenen Wettbewerb bis hin zu mangelnden Spar-Anreizen. Die demografische Entwicklung («Alterung der Bevölkerung») und –

auch in Folge der starken Zuwanderung – ein geändertes Patientenverhalten haben ihren Teil dazu beigetragen, dass zusätzlich generell teurere Dienstleistungen in Anspruch genommen worden sind.

Die jährlichen Gesundheitskosten haben von 1995 bis 2016 nominal um 114 Prozent auf über 80,7 Milliarden Franken zugenommen. Der Anteil, den die Kosten des Gesundheitswesens im Verhältnis zur Gesamtwirtschaftsleistung der Schweiz ausmachen, ist gar noch deutlicher gestiegen. 2016 betrug die Gesundheitskosten 12,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – 1995 noch 5,2 Prozent. Die Gesundheitskosten «fressen» uns also immer mehr an Wirtschaftskraft weg, was sich unter anderem in stagnierenden Reallöhnen, sinkender Kaufkraft und geringerer Wettbewerbsfähigkeit niederschlägt.

Die Gesundheitskosten pro Kopf sind ebenfalls rapide angestiegen: 2016 entfielen auf jeden Einwohner der Schweiz rund 9600 Franken (1995: 5300 Franken). Diese Kostenexplosion liegt mit 80 Prozent nur deshalb unter der Nominal-Zunahme, da im selben Zeitraum auch die Gesamtbevölkerung überproportional um 1,3 Millionen gewachsen ist.

## EDU arbeitet an Volksinitiative

Die Kostenentwicklung kennt nur eine Richtung: jene steil nach oben. Und kein Ende scheint in Sicht zu sein! Gemäss der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich dürften die Gesundheitskosten pro Kopf dieses Jahr erstmals die Schwelle von 10 000 Franken übersteigen.

Der Zeitpunkt für ein durchdachtes Konzept, das die wuchernden Gesundheitskosten durch clevere systemische Korrekturen stoppt und den Versicherten wieder mehr Luft zum Atmen lässt, ist dringend nötig. Hunderttausende warten auf einen solchen «Befreiungsschlag». Die Vorbereitungen für eine EDU-Volksinitiative laufen auf Hochtouren. •

# Zwischen Wunsch und Wirklichkeit



Liebe Leserin, lieber Leser

Kaum zu glauben, aber in wenigen Wochen ist wieder Weihnachten! Von der erwartungsvollen Vorfreude und dem stillen Frieden der Weihnachtstage bin ich noch weit entfernt. Hektik und Betrieb allüberall, und ich so mittendrin ... Die EDU Schweiz lud kürzlich die Mitglieder des Bundesvorstands und der Wahlkommission zu einer Klausur ins Aargauer Seetal ein. Viel Arbeit war angesagt. Ein anderes Arbeitsumfeld, die liebevolle Gastfreundschaft und die Begeisterung fürs Thema «Wiedereinzug ins nationale Parlament» förderten gute Resultate. So macht's Freude!

Im tristen November ist es wichtig, dass wir gut zu uns schauen. Das muss keineswegs «shoppen» oder «wellnessen» zum Schnäppchenpreis bedeuten. Es braucht nicht viel, um bewusst bei uns anzukommen, Kräfte zu tanken, uns neu ausrüsten zu lassen. In der nasskalt-nebligen Jahreszeit wirken ein liebevolles Essen, gute Literatur oder Gespräche bei Kerzenschein wohltuend. Gönnen Sie sich die Zeit und geniessen Sie die Lektüre dieses «Standpunkts»!

Thomas Feuz, Redaktionsleiter

## PRO & KONTRA

### Sollen Krankenversicherer «Sozialdetektive» engagieren dürfen?

## Pro



Markus Reichenbach (49); Präsident EDU Biel-Seeland; Ingenieur FH / Projektleiter; verheiratet, 3 Kinder

Bundesrat und Parlament empfehlen mit deutlicher Mehrheit, die Gesetzesänderung anzunehmen.

Das Gesetz legt die gesetzliche Grundlage zur Überwachung von verdächtigen Personen. Es regelt, in welcher Form und wann dies geschehen darf. Das heisst: Sozialversicherungen dürfen Privatdetektive engagieren, um verdächtige Leistungsbezüger an allgemein zugänglichen, frei einsehbaren Orten zu beobachten. Das gilt aber nur für Personen, die im konkreten Verdacht stehen, die Sozialversicherungen zu betrügen. Der Einsatz von technischen Instrumenten ist möglich, muss aber von einem Richter genehmigt werden. Im Weiteren ist eine Überwachung zeitlich eingegrenzt.

Für mich steht fest: Sozialbetrug ist kein Kavaliersdelikt und muss bestraft werden. Es kann nicht sein, dass sich einzelne zu Unrecht bereichern und die Allgemeinheit dies bezahlen muss! Zudem hat sich der Einsatz von Detektiven bewährt. Es geht nicht um eine generelle staatliche Überwachung, sondern um die Gesetzesgrundlage für eine örtlich und zeitlich beschränkte Kontrolle.

Darum Ja am 25. November! •



## Kontra

Markus Wäfler (70), a. Nationalrat; pens. Agro-Techniker SLT; verheiratet, 6 erwachsene Kinder; Steinmaur ZH

Unter Verweis auf die Wichtigkeit klarer gesetzlicher Grundlagen und Schranken und mit Einbezug der Verfassungsbestimmungen im Bereich der Grundrechte war ich zuerst überzeugt, dass die Vorlage angenommen und die Ja-Parole beschlossen werden sollte.

Nach nochmaliger Beurteilung bezüglich des Aspekts von groben verfassungsrechtlichen Mängeln sowie unzulässigen Eingriffen in die Gewaltentrennung und in jeweilige Zuständigkeitsbereiche hatte ich meine Empfehlung entschieden korrigiert.

Für mich steht fest: Das Parlament hat sich hier aus mir unerklärlichen Gründen einen Pfusch geleistet, mit nicht akzeptierbarer Missachtung von Grundsätzen der Bundesverfassung, der Gewaltentrennung zwischen Bund und Kantonen im Bereich der Polizeihohheit und grundsätzlicher Rechtsprinzipien unserer Rechtsstaatlichkeit.

Unverständlich, aber offensichtlich: Die wichtigen verfassungsmässigen und rechtsstaatlichen Prinzipien und Grundrechte wurden vom Parlament nicht respektiert. Das darf nicht sein.

Deshalb Nein am 25. November! •

# Stier bei den Hörnern packen?

**Am 25. November stimmen wir unter anderem über die Volksinitiative «für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative)» ab. Diese wurde am 23. März 2016 mit 119 626 gültigen Unterschriften eingereicht. Dahinter steht die Interessengemeinschaft «IG Hornkuh» um den Bergbauern Armin Capaul. Dieser stellte sein Begehren an der Delegiertenversammlung vom 13. Oktober gleich selber vor.**

Markus Wäfler, a. Nationalrat, Steinmaur ZH



Unser System der direkten Demokratie führt auch dazu, dass wir in Volksabstimmungen manchmal über die ausgefallensten Ideen zu befinden haben. Dies, weil jemand ein Problem aufgreift oder eine Idee hat, für die er die notwendigen 100 000 Unterstützer findet. Deswegen sollten wir nicht gleich die direkte Demokratie abschaffen oder zumindest einschränken, wie es immer wieder verlangt wird.

## Nicht enthornen würde entschädigt

Aufgrund der öffentlichen Diskussion könnte man meinen, diese Volksinitiative verlange ein Verbot der Enthornung von Rindvieh. Doch diese Initiative will kein Verbot der Enthornung, sondern nur eine finanzielle Entschädigung für Tierhalter, welche auf die Enthornung ihrer Tiere verzichten. Der genaue Wortlaut zum neuen Art. 104 Abs. 3 Bst. b der Bundesverfassung findet sich in der Abstimmungsbotschaft des Bundesrats.

Landwirte, die bewusst Nutztiere mit Hörnern halten, empfinden das Enthornen als unverhältnismässigen Eingriff in die Würde der Tiere. Aus diesem Grund wollen die Initianten erreichen, dass weniger Nutztiere enthornt werden. Das wäre der Fall, wenn die Haltung von horntragenden ausgewachsenen Kühen, Zuchtstieren, Ziegen und Zuchtziegenböcken vom Bund finanziell unterstützt würde. Die Initianten haben im Vorfeld der Vernehmlassung zur Agrarpolitik

2014–2017 in einem Offenen Brief an das Bundesamt für Landwirtschaft einen Vorschlag für einen finanziellen Anreiz für horntragende Tiere unterbreitet. Dieser lautete im Jahre 2012: «Bauern, die ihren Tieren die Hörner belassen, werden pro Grossvieheinheit mit einem Franken pro Tag honoriert.» Pro Kuh und Jahr macht das 365 Franken, pro Ziege rund 70 Franken pro Jahr.

## Latent vorhandene Verletzungsgefahr

In Artikel 104 der Bundesverfassung steht bereits heute, dass der Bund Produktionsformen fördert, die besonders tierfreundlich sind. Damit könnte die Haltung von Tieren mit Hörnern unterstützt werden. Das Initiativkomitee ist der Ansicht, dass die Annahme der Initiative keine Zusatzausgaben bewirken muss, wenn die bestehenden Förderbeiträge für tierfreundliche Haltung entsprechend aufgeteilt werden.

Rinder werden bereits als neugeborene Kälber enthornt, damit die Tiere später in den wegen der vorteilhaften rationellen Arbeitsweise weit verbreiteten Freilaufstall-Systemen ein kleineres Risiko für Hornverletzungen an anderen Tieren oder Personal darstellen. Tiere in Aufstallungssystemen mit grosser Bewegungsfreiheit verursachen gelegentlich gegenseitige Verletzungen. Auch Verletzungen von Betreuungspersonal durch Hörner oder Fusstritte kommen hier und da vor. In Anbindeställen sind diese Risiken eher kleiner, aber dafür der Arbeitsaufwand für die Betreuung wesentlich höher. Gut konzipierte Freilaufstallsysteme sind bezüglich Tierwohl vorteilhafter zu bewerten, auch wenn dazu eine Enthornung angebracht ist.

Bundesrat und Parlament empfehlen die Ablehnung der Hornkuh-Initiative, der Nationalrat mit 117:49 bei 32 Enthaltungen und der Ständerat mit 33:6 Stimmen bei 5 Enthaltungen. Für die Initiative sprachen sich im Nationalrat alle Grünen sowie ein grosser Teil der SP-Fraktion aus. Die anderen Fraktionen empfahlen mit wenigen Abweichungen die Ablehnung der Initiative. Rund ein Drittel der SVP-Fraktion enthielt sich der Stimme. •

25. November:

**Nein** zur  
Hornkuh-  
Initiative



# Vorrang für unsere Verfassung!

**Ist der Föderalismus und damit der Mensch im Zentrum ein grundlegender Erfolgsfaktor für unsere erfolgreiche Schweiz und soll er es auch bleiben? Auch darum geht es bei der Selbstbestimmungs-Initiative, über die am 25. November abgestimmt wird.**



Lisa Leisi, Präsidentin EDU St. Gallen

Wird der Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» (Selbstbestimmungs-Initiative) zugestimmt, wären in Zukunft nur noch jene völkerrechtlichen Verträge massgebend, deren Genehmigungsbeschluss dem Referendum unterstehen, sofern sie der Bundesverfassung (BV) widersprechen. Andere, der BV zuwiderlaufende Verträge müssten neu verhandelt oder gekündigt werden. Bundesgericht und Behörden müssten in Zukunft der BV widersprechende Verträge nicht befolgen.

## Unmut nimmt zu

Fortlaufende Ausweitungen und Weiterentwicklungen der ursprünglich sinnvollen Strassburger Rechtsprechung, internationale Verträge und Regulierungen, Entscheide des schweizerischen Bundesgerichts sowie parlamentarische Umsetzung (oder Nichtumsetzung!) von Abstimmungsergebnissen führten zur Lancierung der Selbstbestimmungs-Initiative.

Das vom Volk beschlossene Berufsverbot für Pädophile, das Minarettverbot, die lebenslange Verwahrung von Sexualstraftätern oder zuletzt die Masseneinwanderungsvorlage waren der Parlamentsmehrheit nicht genehm und wur-



Wie viel bedeutet uns die direkte Demokratie? Die Selbstbestimmungs-Initiative möchte die politischen «Basics» stärken.

**25. November:**

**Ja zur  
Selbstbestimmungs-  
Initiative**

den teilweise nur mangelhaft umgesetzt. In den letzten Jahren wurde zudem vom Bundesgericht die Beachtung des (nicht zwingenden) Völkerrechts generell über die Vorgaben der BV gestellt. Diverse Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) und des Bundesgerichts haben das Rechtsverständnis vieler Schweizer zunehmend strapaziert. Deren Interpretation und Ausweitung der Menschenrechte führte immer wieder zur Missachtung demokratisch gefällter Beschlüsse.

## Kein Widerspruch zu elementaren Werten

Dabei stehen für die Initianten und Befürworter der Selbstbestimmungs-Initiative die eigentlichen zentralen Menschenrechte nicht zur Diskussion, nur die teilweise unverständlichen Interpretationen und Auslegungen. Mit dem vorgesehenen Rahmenabkommen Schweiz-EU drohen auch noch die Entscheide des Europäischen Gerichtshofs der EU über schweizerisches Recht gesetzt zu werden.

Die Schweizer Regierung, (exportorientierte) Wirtschaftsverbände und Parteien sind heute leider in bedenklicher Art und Weise bereit, zugunsten kurzfristiger politischer und/oder finanzieller Vorteile die Selbstbestimmung unseres Landes und die Verlässlichkeit unserer Verfassung zu opfern. Damit werden auch die in BV Art. 2 garantierte Freiheit und Rechte des Volkes sowie unsere per Verfassung garantierte Unabhängigkeit mit Füssen getreten.

Deshalb gilt eigentlich: Wer Ja sagt zur Selbstbestimmungs-Initiative, steht zur direkten Demokratie und dem Volksinitiativ-Recht. Selbst, wenn sich bei einem Ja Nachteile für unser Land ergeben sollten, wäre diese den Erhalt von Freiheit und direkter Demokratie wert. •

# «Sozialdetektive» machen Sinn

**Am 25. November stimmen wir über die Änderung des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) bzw. die gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten ab. Die Argumente der Gegner dieses «Überwachungsgesetzes» finden auch in bürgerlichen Kreisen Zustimmung.**



Markus Reichenbach, Präsident EDU Biel-Seeland; Fachlehrer

Die Vorgeschichte dieses Gesetzes ist vielseitig. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte im Herbst 2016 bemängelt, dass die Schweiz keine gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten habe. Deshalb stellten die Versicherungen die Überwachung ein. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats hat am 8. November 2016 eine Parlamentarische Initiative eingereicht, um Überwachungen von zweifelhaften Versicherten wieder zu ermöglichen. Das entsprechende Gesetz regelt, wie und wann Privatdetektive bei Verdacht auf einen Missbrauch Versicherte wieder überwachen können. Im Frühjahr wurde das Geschäft von den Räten verabschiedet. In der Folge wurde im April unter anderem von SP, Grünen, Travail.Suisse und anderen das Referendum ergriffen. Dieses kam mit 55000 Unterschriften gültig zustande. Am 25. November kann nun das Stimmvolk darüber entscheiden. Bundesrat und Parlament empfehlen, die Gesetzesänderung anzunehmen und den Initianten nicht zu folgen. Die Abstimmungen fielen deutlich aus, im Nationalrat mit 141:51 und im Ständerat mit 29:10 bei 3 Enthaltungen.

## Was will das Gesetz

Das Gesetz legt die gesetzlichen Grundlagen zur Überwachung verdächtiger Personen und regelt, in welcher Form und wann dies geschehen darf.

Sozialversicherungen dürfen Privatdetektive engagieren, um verdächtige Leistungsbezügern an allgemein zugänglichen, frei einsehbaren Orten beobachten. Das gilt aber nur für Personen, die im konkreten Verdacht stehen, die Sozialversicherungen zu betrügen. Der Einsatz von technischen Instrumenten ist möglich, muss aber von einem Richter genehmigt werden. Zudem ist eine Überwachung nur für höchstens 30 Tage innerhalb von sechs Monaten möglich; die Massnahme kann höchstens um weitere sechs Monate verlängert werden.

## Was spricht dafür / dagegen?

Die Bürgerlichen wollen dem Missbrauch einen Riegel schieben. Diebe müssten zur Rechenschaft gezogen werden. Der Missbrauch betreffe alle Bürger und wir alle müssten dies aus dem eigenen Sack bezahlen. Der Einsatz von Detektiven habe sich bewährt. Es sei aber wichtig, für diese Überwachungen eine gesetzliche Grundlage zu schaffen. In der Folge empfehlen sie ein Ja zur Gesetzesänderung.

Für die linke und grüne Ratsseite geht das Gesetz zu weit. Es stelle die Bevölkerung unter Generalverdacht, wird argumentiert, und die Privatsphäre der Menschen werde aufs Gröbste verletzt. Deshalb empfehlen sie ein Nein zur Gesetzesänderung.

## Persönliche Gedanken

Sozialbetrug ist kein Kavaliersdelikt. Es handelt sich um einen Diebstahl an uns allen. Solche Machenschaften sind nicht zu dulden. Natürlich ist die Absicht nicht die, dass der Stadt seine Bürger völlig überwacht. Das Gesetz schafft jedoch eine Grundlage dafür, dass die private Überwachung geregelt wird und nicht eine staatliche Kontrolle über alle. •

25. November:

**Ja zum Gesetz zur Überwachung von Versicherten**



Soll Versicherungsbetrug von den Versicherern gezielt eruiert werden können? Die Meinungen sind geteilt.



Ein statistischer Vergleich zeigt: Wir jammern auf hohem Niveau. Schätzen wir genug, was wir haben?

# Eine unangenehme Wahrheit

**Wir leben hier in der Schweiz «wie die Fürsten». Im Vergleich zu den Milliarden Menschen, die arm wie eine Kirchenmaus sind, geht es uns gut. Sind wir uns dessen bewusst und dankbar dafür? Betrachtet man die immer neuen Forderungen der verschiedensten Gruppierungen und die weithin grassierende Unzufriedenheit, ist daran zu zweifeln.**



Martin Lex, Mitglied der Redaktion

Kürzlich las ich auf Facebook einen interessanten Vergleich. Ich gebe ihn in eigenen Worten wieder: Reduziert man die Weltbevölkerung auf ein hundert Seelen zählendes Dorf, wobei alle Proportionen der Weltbevölkerung beibehalten bleiben, präsentiert sich die Zusammensetzung der dörflichen Gemeinschaft wie folgt: 57 Asiaten, 21 Europäer, 14 Amerikaner und 8 Afrikaner. Es gäbe 52 Frauen und 48 Männer, 30 Weisse und 70 Nichtweisse, 30 Christen und 70 Nichtchristen, 89 Heterosexuelle und 11 Homosexuelle. 6 Personen besitzen 59% des gesamten Reichtums und alle 6 kämen aus den USA. 80 Personen würden in maroden Häusern leben, 70 wären Analphabeten, 50 würden an Unterernährung leiden; einer wäre daran zu sterben und ein Säugling wäre gerade dabei, geboren zu werden. Nur eine Person besitzt einen Computer und nur eine verfügt über einen Universitätsabschluss.

Wenn du die Welt für einmal auf diese Weise betrachtest, wird das Verlangen nach Ausgleich und Toleranz offensichtlich. Wenn du heute aufgestanden bist und dich eher gut als schlecht fühlst, geht es dir immer noch viel besser als

Millionen anderer Menschen, welche die nächste Woche nicht mehr erleben werden. Wenn du nicht gerade im Krieg bist, gefoltert wirst oder an Hunger leidest, geht es dir besser als 500 Millionen anderen Menschen. Wenn du Essen im Kühlschrank, Kleider, ein Dach über dem Kopf und einen Platz zum Schlafen hast, geht es dir besser als 75% der Menschen auf der Erde. Wenn du etwas Geld gespart hast, gehörst du zu den Privilegiertesten 8% dieser Welt. Wenn deine Eltern noch leben und immer noch verheiratet sind, dann bist du wirklich eine Rarität. Wenn du jetzt gerade den Titel eines Videos z. B. am Handy lesen kannst, dann bist du zweifach gesegnet, weil jemand an dich gedacht hat und du nicht zu den 2 Milliarden Menschen gehörst, die nicht lesen können. Der Text schliesst mit den Worten: «Arbeite, als bräuchtest du kein Geld. Liebe, als wärst du nie verletzt worden. Tanze, als ob dich niemand beobachten, und singe, als ob dir niemand zuhören würde. Und lebe, als wäre dies das Paradies auf Erden.» Wer von uns ist nun noch unzufrieden oder gar undankbar? •



# Mehr Nonkonformität nützt uns allen

**Der Psychologe Allan Guggenbühl macht sich stark für die Denk- und Meinungsfreiheit. Ein Plädoyer für eigenständiges Denken, weniger Vorschriften und eine Debattenkultur ohne Kompromisse – von Anfang an.**

Lisa Leisi, Mitglied der Redaktion

**In Ihrem Buch «Die vergessene Klugheit» sprechen Sie von «Denkverboten». Was verstehen Sie darunter?**

Theoretisch kann jeder denken, was er will. Wir tendieren jedoch dazu, uns an den Erwartungen, Codes unserer Umgebung und Bezugsgruppen auszurichten. Wir verbieten uns selber, gewisse Dinge auszusprechen, weil wir dazugehören und dabei sein wollen.

**Inwiefern hat dies Auswirkungen auf die Gesellschaft, Demokratie und Politik?**

Die Demokratie lebt von Debatten, in denen auch unbequeme Gedanken geäußert werden und man sich zuhört. Demokratien funktionieren aber nur dann, wenn Meinungsfreiheit herrscht. Alle werden dem zustimmen. Das Problem ist jedoch, dass wir uns selbst einschränken und dem kollektiven Meinungskanon folgen – aus Angst, ausgeschlossen zu werden.

**Sehen Sie die Denk- und Meinungsfreiheit in der Schweiz gefährdet?**

Es geht um die Pflege der Meinungsvielfalt. Die

Schweiz ist ein kleines Land. Alle kennen alle. Man ist vorsichtig mit dem, was man sagt, hat Angst vor Skandalen und richtet sich darum freiwillig an dem aus, was man sagen darf. In der Schweiz gibt es weniger Kreise, die gegensätzliche Standpunkte zu grundlegenden Themen vertreten, als zum Beispiel in den USA.

**Wo sehen Sie Ursachen für eigene Denkverbote?**

Unsere Kultur lebt von der Bereitschaft, Mittelwege zu suchen und Kompromisse zu schliessen. Für die Problemerkennung müssten wir jedoch zuerst alle Optionen andenken. Es braucht kontroverse Debatten. In den USA ist es zum Beispiel üblich, die Arbeit des Präsidenten und der Mitglieder des Parlaments radikal infrage zu stellen. Dies war schon vor Trump so.

**Inwiefern haben die Bereiche Bildung und Wissen damit zu tun? Was läuft falsch?**

Das Problem ist die Ideologisierung. Bildung hat die Aufgabe, in unsere Kultur einzuführen und den Schülern zu zeigen, wie das Leben ist. Heute

dominiert jedoch die Vorstellung, wir müssten an der Persönlichkeit der Schüler herumlaborieren. Auffallend ist dies beim Thema Gender. Geschlechtsunterschiede dürfen nicht sein, heisst es. Vor allem Knaben müssen darum ihre sogenannten problematischen Verhaltensweisen ablegen, ihr Bedürfnis nach Hierarchie, nach Wettbewerb, Gruppenorientierung. Sie müssen stattdessen lernen, Gefühle in persönlichen Worten auszudrücken – und nicht über Themen, wie es viele Knaben machen.

Wenn Bildung zur Ideologie wird, verliert sie den Wert, den sie haben müsste. Eigenartig ist die Kompetenzorientierung. Verlangt wird gemäss Lehrplan 21, dass über 2000 Kompetenzen bewertet und gefördert werden. Man reduziert damit die Kinder zu Anpassungs- und Leistungsobjekten.

**Sie kritisieren die vielen Vorschriften und Standards. Diese sind ja nicht nur schlecht, oder?**

Standards braucht es. Sie dienen der Orientierung bei der Arbeit. Das Problem ist, dass die Schule beginnt, Schüler nach Standards zu beurteilen, die letztlich kein Mensch je erfüllt. Damit wird den Lehrpersonen ein Machtmittel in die Hand gegeben, weil die Schüler nie allen Standards genügen können. Wesentlich in der Schule sind jedoch die Beziehungen, die sich aus den Begegnungen zwischen den Lehrpersonen und den Schülern entwickeln. Daraus entwickelt sich auch Lernfreude und Neugier. Kein Schüler arbeitet, weil er ein Kompetenzziel erfüllen will.

**Sehen Sie Möglichkeiten, Gegensteuer zu geben?**

Das ist sehr schwierig. Auch, weil wir eine gerontologische (vergreisende) Gesellschaft werden. Deshalb habe ich das Buch «Die vergessene Klugheit» geschrieben. Alle reden davon, Gesetze abzubauen, machen aber laufend mehr Ge-

setze. Gesellschaften funktionieren jedoch vor allem, wenn die Menschen sich mit ihr identifizieren und die Möglichkeit haben, eigenständig zu denken und zu handeln.

**Wie kann eigenständiges Denken gefördert werden?**

Es ist schwierig, eigenes Denken direkt zu fördern. Was es braucht sind Zeit, Musse und Räume, in denen man sich ohne Aufgabe oder Rolle begegnet. Die freie, funktionslose Rede ist wichtig.

**Wie könnte die Schule dazu beitragen?**

In Schulen könnte man zum Beispiel Leute einladen, ohne pädagogischen Habitus. In Bern gab es einen Verein, der Treffen zwischen Schülern und Berufspersonen organisierte. Nach Schulschluss konnten die Schüler miterleben, was einen Bäcker, Architekt oder Schriftsteller beschäftigt. Das Projekt war ein riesiger Erfolg. Die Berufsleute redeten ohne pädagogische Vorgaben. Die Bildungsdirektion beschloss, das Angebot zu institutionalisieren. Beschlossen wurde jedoch, dass Lehrpersonen über verschiedene Berufe berichten sollen. Und die pädagogischen Standards der Lektionen galt es zu respektieren. Natürlich kamen die Schüler nicht mehr.

**Was erwarten Sie von der Politik?**

Wenn Politiker Phrasen dreschen, widersprüchlich sind und sich in Ausreden flüchten, dann machen sie genau das, zu dem wir alle neigen. Ich erwarte weniger Empörung, sondern zivilisierte, offene Debatten. Und von der Bevölkerung auch eine grössere Wertschätzung und Akzeptanz von Menschen, die sich politisch engagieren.

**Besten Dank für dieses Gespräch!**



**Zur Person**

Allan Guggenbühl (66), Zürich. Psychologe, Therapeut, Lehrer, Musiker, Autor mehrerer Bücher. Hobbys: Musik, Mountainbiken, lesen. Neustes Buch: «Die vergessene Klugheit. Wie Normen uns am Denken hindern».



Soll die Werbung für Tabak eingeschränkt werden? Die EDU befürwortet dies im Interesse der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen wie auch von Erwachsenen.

# Tabaksucht nicht mit Werbung fördern

**Die Delegierten der EDU Schweiz beschlossen am 11. August, die Volksinitiative «JA zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung)» zu unterstützen. Die Initiative reagiert auf ein dringendes Bedürfnis unserer Gesellschaft.**



David Gysel

Ein Bericht von Suchtmonitoring Schweiz gibt an: «Im Jahr 2016 waren in der Schweiz 31,6 % der 15- bis 25-Jährigen Raucher, das sind mehr als in der allgemeinen Bevölkerung (25,3 %). Diese Prävalenz ist seit 2014 stabil, aber der Anteil der täglich Rauchenden steigt... 38,0 % der 15- bis 25-Jährigen haben bereits mindestens ein Werbegeschenk von der Tabakindustrie (Feuerzeuge/Streichhölzer, Zigaretten etc.) erhalten, darunter 17,1 % der 15- bis 17-Jährigen.» «26,5 % der Bevölkerung haben vor dem Alter von 20 Jahren mit dem täglichen Konsum begonnen (65,2 % der täglich Rauchenden)», informiert das Bundesamt für Gesundheit BAG. Und weiter: «Bei den 15- bis 29-Jährigen konsumieren 25,5 % der Nichtraucher Alkohol, bei den täglich Rauchenden dagegen 42,3 %.»

## Ein Signal an die Jugend

Die EDU verfolgt eine abstinenzorientierte Suchtprävention. Die EDU-Delegierten haben diese Initiative deshalb positiv aufgenommen. Sie wurde von einer breiten Allianz von Gesundheits- und Jugendorganisationen lanciert, unter ihnen das Blaue Kreuz, die Verbindung der

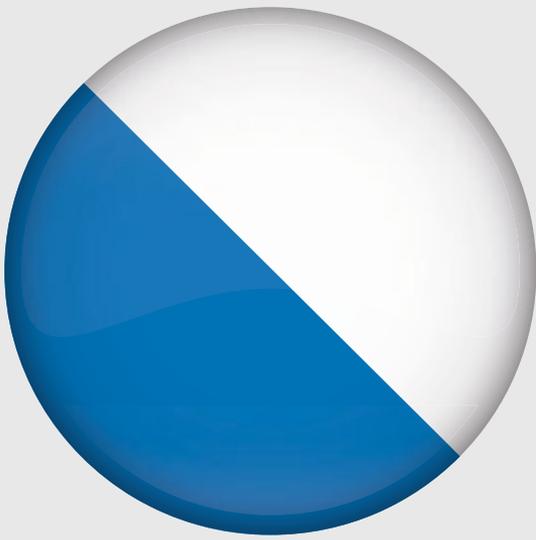
Schweizer Ärztinnen und Ärzte FMH und der Drogistenverband. Die Lancierung des Volksbegehrens erfolgte, weil das Parlament es verweigerte, Massnahmen gegen die Tabakwerbung und das Sponsoring durch die Tabakindustrie zu unterstützen.

Die Initiative will in der Bundesverfassung die Förderung der Gesundheit der Kinder und Jugendlichen einfügen, vor allem aber den Satz: «Der Bund verbietet namentlich jede Art von Werbung für Tabakprodukte, die Kinder und Jugendliche erreicht.»

Die Sammelfrist dauert bis zum 20. September 2019. Unterschriften für diese Initiative zu sammeln ist schon jetzt eine hervorragende Weise zu zeigen, dass uns das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen wichtig ist. Es ist eine vorzügliche Gelegenheit, mit Jugendlichen wie mit älteren Personen über die Werte des Lebens und ein suchtfreies Leben ins Gespräch zu kommen. •

## Jetzt unterschreiben!

Die EDU empfiehlt diese Initiative zur Unterstützung. Unterschriftenbogen können unter [www.kinderohnetabak.ch](http://www.kinderohnetabak.ch) heruntergeladen oder bestellt werden.



# KANTON ZÜRICH

## Für die Politik beten



«Gott will, dass die Gemeinde durch das Gebet lenkend in das Weltgeschehen eingreift (1Tim 2,1f). Wenn die Gemeinde versäumt, dies zu tun, ist sie wie Salz, das seinen Geschmack verloren hat (Mt 5,13).» DP

«Obwohl das Gebet eine innerste, verborgene Angelegenheit des Herzens ist, so stellt es doch zugleich eine entscheidende Möglichkeit dar, politisch tätig zu werden und vom Innersten her zur Politik Stellung zu nehmen.» WK

«Im Grossen und Ganzen sind die Christen für die Regierung verantwortlich, unter der sie leben. Wenn Sie sich weniger Zeit nähmen zum Kritisieren und mehr zum Beten, hätten Sie auch weniger zum Kritisieren.» DP

«Der unsichtbare Gebetsdienst der christlichen Kirche, in hartem Kontrast zur politischen Propaganda stehend, erweist sich als eine unüberbietbare und unvergleichbare politische Funktion.» WK

Zitate von Derek Prince (DP) und Walter Künneth (WK) aus «Für die Politik beten». Sie können die Broschüre bestellen über [gebet@edu-zh.ch](mailto:gebet@edu-zh.ch) •

### Mein Standpunkt



Peter Häni  
EDU-Kantonsrat, Bauma

## Lebenswert oder nicht?

Kürzlich konnte ich an einer vom Kantonsrat organisierten Besichtigung der Stiftung «Züriwerk» teilnehmen. Seit über 50 Jahren engagiert sich Züriwerk für die soziale und wirtschaftliche Teilhabe von Menschen mit vorwiegend kognitiver Beeinträchtigung. Unsere Besuchergruppe war sehr beeindruckt, was für Fähigkeiten Menschen mit einer Beeinträchtigung ha-

ben. Es ist aufgefallen, dass sie zum Beispiel besonders bei kniffliger, immer wiederkehrender Arbeit eine Ausdauer und Konzentration an den Tag legen, wo ich schon lange verzweifelt wäre. Einmal mehr wurde klar: Jedes Menschenleben ist wertvoll und von Gott gewollt. Darum ist auch ein Leben mit Beeinträchtigung lebenswert. •

# Belohnung für Fahrzeuge in gutem Zustand

Keine Gebühren mehr für die Fahrzeugprüfung

**Der Baumer Kantonsrat Peter Häni will diejenigen Lenker belohnen, deren Fahrzeug bei der obligatorischen Fahrzeugprüfung nicht beanstandet wird. Sie sollen von den Prüfungsgebühren befreit werden.**



Peter Häni  
EDU-Kantonsrat  
Bauma

Peter Häni hat als Mitunterzeichner zusammen mit Konrad Langhart und Roland Scheck eine Parlamentarische Initiative eingereicht. Die Initianten fordern: Wer die obligatorische Fahrzeugkontrolle bestanden hat, soll keine Prüfungs- und Verwaltungsgebühren mehr bezahlen müssen. Die Kosten für die Kontrolle werden durch die ordentliche Verkehrsabgabe des betreffenden Fahrzeugs abgegolten. Die Kontrollkosten bezahlen soll nur noch der-

jenige, dessen Fahrzeug bei der Prüfung durchfällt.

Mit dieser Massnahme sollen diejenigen Lenker belohnt werden, welche ihr Fahrzeug in einem verkehrstauglichen Zustand halten, denn sie tragen wesentlich zur Sicherheit auf der Strasse bei. Wenn zudem weniger Fahrzeuge bei der Prüfung beanstandet werden, bedeutet das weniger Prüfungsaufwand und demzufolge mehr Kapazität auf den Strassenverkehrsämtern.

Da überdies das Zürcher Strassenverkehrsamt jährlich Gewinne in zweistelliger Millionenhöhe erwirtschaftet, liegt eine Abschaffung der Prüfungsgebühren für tadellose Fahrzeuge auf der Hand. •

## EDU will Verbesserungen im Strafgesetz

**Die EDU-Fraktion des Kantonsrates hat drei Standesinitiativen zur Änderung des Strafgesetzbuches eingereicht. Die Initiativen fordern:**

1. Kein Mengenrabatt für Sexualdelikte, schwere Vergehen und Verbrechen
2. Zwingende Prüfung der Verwahrung bei Sexualdelikten an Kindern und urteilsunfähigen Personen
3. Schutz der Öffentlichkeit vor gefährlichen Straftätern

Mehr zu den einzelnen Initiativen finden Sie auf den Websites der EDU Kanton Zürich [www.edu-zh.ch](http://www.edu-zh.ch) oder des Kantonsrates unter [www.kantonsrat.zh.ch](http://www.kantonsrat.zh.ch) «Mitglieder», «Maria Rita Marty». •



## Kantonale Volksinitiative

# Mehr Geld für Familien



Daniel Suter

Geschäftsführer EDU Kanton Zürich, Winterthur

Seit Ende September werden Unterschriften für unsere Familieninitiative «Mehr Geld für Familien» gesammelt. Dem Oktober-Standpunkt lag der Initiativbogen bei. Mit höheren Familienzulagen von Fr. 300 bzw. Fr. 375 pro Monat wollen wir die Familien stärken. Denn die steigenden Lebenshaltungskosten gefährden die wirtschaftliche Existenz von Familien, besonders von kinderreichen Familien – oder solchen die es werden möchten.

Aus allen zwölf Bezirken des Kantons sind Unterschriften eingetroffen; am meisten aus den Bezirken Hinwil und Dielsdorf, gefolgt von Winterthur, Pfäffikon und Bülach.

Bitte senden auch Sie Ihren Unterschriftenbogen zurück. Weitere Initiativbögen können Sie anfordern unter [familienzulagen@edu-zh.ch](mailto:familienzulagen@edu-zh.ch) oder herunterladen von [www.edu-zh.ch/familienzulagen](http://www.edu-zh.ch/familienzulagen).

## Mit einer gut besuchten Medienkonferenz im Zürcher Rathaus lancierte die EDU ihre Familieninitiative



Hans Egli vor dem Rathaus



Bereit für die Medienkonferenz



Heinz Kyburz begrüsst die Gäste



Der Präsident des Initiativkomitees Heinz Kyburz und Regierungsratskandidat Hans Egli erläutern den Inhalt der Initiative

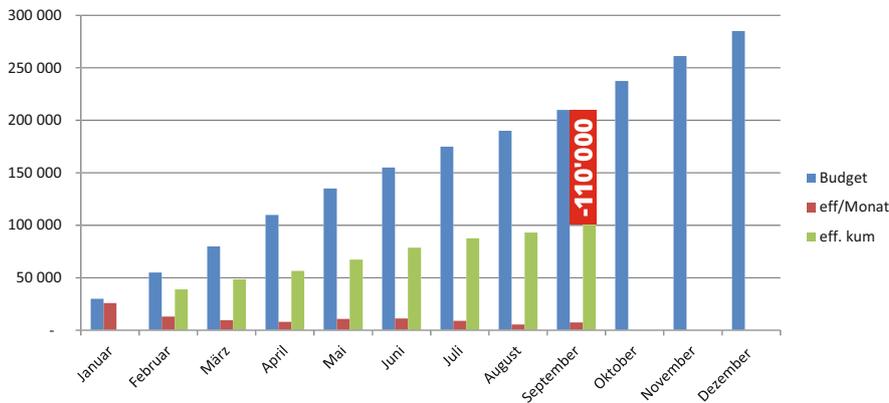


Die Unterschriftensammlung beginnt: hier vor Egli's Hofladen in Steinmaur

# Finanzen

## Wir brauchen Ihre Unterstützung!

### Spendenbarometer 2018



## Veranstaltungen mit Doron Schneider



### Themen:

- 1 Aktuelle Lage Israels laut Heilsplan Gottes in der Bibel
- 2 Biblische Feiertage verraten die Wiederkunft Jesu
- 3 Rolle der Araber bei der Erlösung der Juden

Termin	Thema	Zeit	Ort
So. 11.11.	3	17:00 Uhr	8610 Uster, Stadtbibliothek, Bankstrasse 17
Mo. 12.11.	3	19:00 Uhr	8050 Zürich, Heilsarmee Zürich Nord, Saatlenstrasse 256
Di. 13.11.	2	20:00 Uhr	8404 Winterthur, Mülisaal, Hegelfeldstrasse 6
Mi. 14.11.	1	19:30 Uhr	8308 Illnau, Restaurant Rössli, Kempptalstrasse 52
Do. 15.11.	1	19:30 Uhr	8953 Dietikon, Christliches Zentrum Silbern, Riedbachstrasse 3

# Agenda

## Gebetstreffen

**Gossau:** jeden Mittwoch, 19.30 Uhr (auch andere Abende möglich, ausser Montag) Im Zentrum 12, 8625 Gossau Info: Sven u. Erika Schelling, 043 928 01 57

**Männedorf:** jeweils am Mittwoch von 9-10 Uhr in den geraden Kalenderwochen: 14. + 28. Nov. sowie 12. Dezember Luegislandstr. 27, 8708 Männedorf Info: Margrit Vetter, 044 920 45 43

**Richterswil:** jeweils am 2. Freitag des 9. November und 14. Dezember Glärnischstr. 6, 8805 Richterswil Info: Sonja Denzler, 044 784 30 23

**Rüti:** jeweils am 1. Montag des Monats um 20 Uhr: 5. November und 3. Dez. Begegnungszentrum Tann-Rüti (Jugend-Räume), Neuwiesenstrasse 5, 8630 Rüti. Interessiert? Mail-Adresse an: sekretariat-rueti-duernten@edu-zh.ch Info: Albin Müller, 078 773 61 63

**Bülach:** jeweils am 2. und 4. Montag des Monats um 20 Uhr: 12. + 26. November und 10. Dezember Gemeinde für Christus (GfC), UG, Schaffhauserstrasse 4, 8180 Bülach Info: Marianne Wäfler, 044 856 01 93

**Zürich:** jeweils am 2. Mittwoch des Monats von 18.30-19 Uhr: 14. November und 12. Dezember Raum der Stille, Cevi-Zentrum Glockenhof, Sihlstr. 33, Zürich Info: Achim Witzig, 044 322 61 46



# Einladung zum Znüni

Treffen Sie die EDU-Kantonsräte montags von 9:50 bis 10:20 Uhr im «ZunftHaus zur Hae». Anschliessend besteht die Möglichkeit, Einblick in den Ratsbetrieb zu erhalten.



### Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Kontaktieren Sie den EDU-Fraktionspräsidenten: Erich Vontobel 079 459 90 61, evontobel@bluewin.ch

## Impressum

**Sekretariat EDU Kanton Zürich**  
Bürglistrasse 31, Postfach 248  
8408 Winterthur  
info@edu-zh.ch

**Spendenkonto**  
IBAN: CH35 0900 0000 8003 7173 6  
Postkonto: 80-37173-6

**Kantonale Redaktion**  
Daniel Suter, Saya Oechslin  
**Gestaltung** Kathrin Lisser-Enzler

## Herzlichen Dank für Ihre Spende

Allgemeine Spenden werden zwischen der EDU Schweiz und der EDU Kanton Zürich aufgeteilt. Projekte der EDU Zürich unterstützen Sie direkt über das Postkonto 80-37173-6. Ihre Spenden an die EDU sind vom steuerbaren Einkommen abzugsberechtigt; Ehepaare bis Fr. 20'000, alle anderen bis Fr. 10'000. Die Spendenbescheinigung für Ihre Steuererklärung erhalten Sie im Februar des Folgejahres. Haben Sie Fragen? Kontaktieren Sie den Kassier der EDU Kanton Zürich, Martin Lobsiger: 044 860 06 33; martin.lobsiger@edu-zh.ch.

# Soll / darf ein Mord verjähren?

**In der Schweiz gilt die Verjährbarkeit bei Mord oder Totschlag, wenn der oder die Täter nie gefunden wurden. Die Akten werden nach 30 Jahren vernichtet und der Fall wird nicht mehr weiterverfolgt. Ist diese Regelung noch zeitgemäss?**



Recht haben und Recht erhalten – das scheint auch in einem Rechtsstaat nicht selbstverständlich zu sein.



Magdalena Mouron, Präsidentin der EDU Kt. Glarus

Die aktuell gültige Regelung wirft Fragen auf. Das zeigen die immer wieder neu aufflammenden Diskussionen um längst vergangene Mord- oder Totschlagsdelikte, vor allem an Minderjährigen.

## Zahlreiche offene Fragen

Die Akten über ungeklärte Morde werden nach 30 Jahren vernichtet: Wie sinnvoll ist das? Wie wirkt sich das auf die Hinterbliebenen des Opfers aus? Wie gehen sie mit dem Ganzen um, den vielen unbeantworteten Fragen? Und: Wie kann ein ganzes Dorf zur Ruhe kommen, wenn es immer wieder Gerüchte gibt und es zu Anschuldigungen kommt? Unschuldige Verdächtige leiden stark, wenn sie wegen falschen Mutmassungen und Anschuldigungen plötzlich gemieden werden. Hätten sie eine vollständige Entlastung nicht mehr als nur verdient?

Leider gibt es in der Schweiz sehr viele unaufgeklärte Fälle, die bis heute noch offen sind. In den meisten Verbrechen waren Kinder involviert. Einmal mehr wurden die Schwächsten zu Opfern. In vielen Fällen sind Jugendliche verschwunden und bis heute nicht mehr aufgetaucht. Ihre Eltern und Geschwister wissen ein Leben lang nicht, wo ihr Kind respektive Geschwister geblieben ist. Ob es tot ist oder irgendwo in Gefangenschaft leben muss. Angehörige beschäftigen sich lebenslang mit den Fragen, warum und wieso gerade ihr Kind

dies erleiden musste. Meistens geht es den Angehörigen nicht nur darum, dass der Täter hinter Gitter kommt, sondern auch darum, dass sie endlich Antworten auf ihre offenen Fragen bekommen.

## Bessere Methoden als früher

Es gibt Länder, in denen die Polizei oder sogar eine Spezialeinheit so lange an einem Fall arbeitet, bis dieser aufgeklärt ist. Mit der heutigen Technik und der weltweiten Zusammenarbeit ist die Wahrscheinlichkeit, ein Verbrechen zu lösen, gestiegen. Dank DNA-Analyse, effizienten Computern und vielen anderen Hilfsmitteln sind wir weiter als noch vor 30 oder 40 Jahren, auch in der Schweiz.

Von daher ist es nicht zu verstehen, dass die Ermittlungen nach Ablauf von 30 Jahren nicht mehr aufgenommen werden und die Akten bzw. Beweismittel nicht länger aufbewahrt sprich vernichtet werden. Es gibt Fälle, in denen ein Verbrechen nach 40 Jahren oder mehr aufgeklärt wurde und es für die Hinterbliebenen zu einem mit Recht erwarteten Abschluss kam.

So wäre es zu wünschen, dass die hierzulande aktuell geltende Regelung der Verjährbarkeit aufgehoben wird. Und, wie in anderen Ländern, Verbrechen rigoros und mit allen Mitteln der Kampf angesagt wird – ohne fragwürdiges «Ablaufdatum». •

# Die Königsmacher zu Bern

**Nach den nicht überraschenden Rücktritten der Bundesratsmitglieder Leuthard und Schneider-Amman kommt es in der Wintersession 2018 zu Ersatzwahlen – ein Jahr vor den Gesamterneuerungswahlen.**



Markus Wäfler, a. Nationalrat, Steinmaur ZH

Der Zeitpunkt der erwähnten Rücktritte per Ende Jahr ist natürlich nicht zufällig gewählt. Das Timing erfolgte auch im Blick auf die Parlamentswahlen und Bundesrats-Gesamterneuerungswahlen von 2019. Die CVP agiert taktisch geschickt, indem sie ihre beliebte Bundesrätin Doris Leuthard ein Jahr vor den Gesamterneuerungswahlen ersetzt. Damit beugt sie einem eventuell möglichen Verlust des CVP-Bundesrats-sitzes nach den Wahlen 2019 vor. Dies könnte der Falle sein, wenn die CVP in den Parlamentswahlen nochmals deutlich an Wähleranteil verliert und etwa die Grünen (zum Beispiel mit Hilfe der aktuell angesagten Klima-Hysterie) entsprechende Gewinne verbuchen könnten und damit viertstärkste Partei würden. Sie würden unweigerlich den CVP-Bundesrats-sitz einfordern. Sitzt dort ein neu gewählter CVP-Bundesrat oder eine neue CVP-Bundesrätin, würden die Grünen die Forderung wohl nochmals reflektieren. Auch auf die Parlamentswahlen 2019 wirkt sich eine vorherige Bundesrats-Ersatzwahl günstig aus, und sei es auch nur wegen der damit verbundenen Publizität.

## Von Anciennitätenprinzip bis Zivilcourage

Die Doppelvakanz im Bundesrat hat noch einen anderen Aspekt. Sie gewährt bessere Möglichkeiten für die Rochade der Departemente. Zwar entscheidet über die Departementsverteilung einzig der Bundesrat. Aber es ist klar, dass sich die Bundesratsparteien Gedanken machen, ein entsprechendes Departement unter ihre Fittiche zu bringen und entsprechende Rochaden einzufädeln. Die Departementsverteilung erfolgt nach dem sogenannten Anciennitätenprinzip, das heisst der amtsälteste Bundesrat beginnt mit der Wahl seines Departements. Die Rangfolge sieht wie folgt aus: Ueli Maurer (SVP, Wahl 2009), Simonetta Sommaruga (SP, 2010), Alain Berset (SP, 2012), Guy Parmelin (SVP, 2016), Ignazio Cassis (FDP, 2017).

Die Medien werden die Bundesratsersatzwahlen wie immer mit entsprechendem Getöse beeinflussen. Bei der CVP werden vorab die linken Mainstream-Medien eine Männerkandidatur zu verhindern versuchen, wie schon 2006 bei der

Wahl von Doris Leuthard als Nachfolgerin von Josef Deiss. Auch bei der FDP wird mit Nachdruck versucht werden, ein Frauen-Zweierticket zu erzwingen. Die Chancen stehen nicht schlecht, weil sowohl bei FDP wie bei CVP die Zivilcourage wohl kaum ausreichen wird, um eine wirklich unabhängige, faire Evaluation und Wahl der bestgeeigneten Kandidierenden zu gewährleisten.

## Aufruf zu Fürbitte und Gebet

Aber nicht nur die Medien können diese Bundesrats-Ersatzwahlen beeinflussen, sondern auch bekennende Christen: mit Fürbitte und Gebet. Wir wollen beten für den nötigen Mut und die Kraft, dass sich fähige, integre Persönlichkeiten als Kandidaten oder Kandidatinnen aufstellen lassen – und sich nicht von Machtspielchen einschüchtern lassen. Beten wir auch für die Vereinigte Bundesversammlung als Wahlgremium, dass sich die Mitglieder von National- und Ständerat ihrer Verantwortung für Land und Volk bewusst sind und die bestmögliche Wahl treffen, ohne Berücksichtigung von fragwürdigen Machtspielchen von Parteien und/oder Medien. Nicht zuletzt schulden wir den bisherigen und neu gewählten Bundesratsmitgliedern unsere Fürbitte-Unterstützung. Das bewirkt mehr als das ständige Gejammer auch vieler Frommer über Regierung, Parlament und Welt. •



«Im Namen Gottes des Allmächtigen!» Wer nimmt neu im Bundesrat Verantwortung wahr? Die Wahl kann auch im «stillen Kämmerlein» mitgetragen werden.

# Wider das Vergessen

**In der Nacht auf den 10. November jährt sich die «Reichskristallnacht» zum 80. Mal – der Beginn der systematischen Vernichtung der Juden im Dritten Reich. Was geschah damals? Wiederholt sich die Geschichte? Ein Gespräch mit Anita Winter, Tochter von Holocaust-Überlebenden.**



Anita Winter, Präsidentin und Gründerin der Stiftung Gamaraal, Zürich

## **Frau Winter, welche Ereignisse verbinden Sie mit dem Begriff «Reichskristallnacht»?**

Mein Vater erlebte die Kristallnacht von 1938 in Berlin, versteckt, voller Angst. Seine Eltern waren bereits weit weg. Am nächsten Tag ging er zu Fuss durch Berlins Strassen, sah die zerstörten jüdischen Geschäfte und Synagogen. Trotz vieler Widrigkeiten gelang ihm die Flucht in die Schweiz, wo er das Glück hatte, dem Schicksal von sechs Millionen ermordeter europäischen Juden zu entgehen. Wäre Hitlers Regime vollständig erfolgreich gewesen, wäre meine Familie heute nicht hier.

## **Mit der Stiftung Gamaraal wollen Sie die Erinnerung wachhalten. Warum ist das wichtig?**

«Es ist geschehen und folglich kann es wieder geschehen. Darin liegt der Kern dessen, was wir zu sagen haben.» Dies schrieb der Autor und Auschwitz-Überlebende Primo Levy angesichts der Tragödie und des Zivilisationsbruchs des Holocaust. Überlebende haben mit eigenen Augen gesehen, wozu Menschen fähig sind. Auch wir dürfen die Augen vor dieser Tatsache nicht verschliessen. Als Tochter von jüdischen Holocaustverfolgten, aber auch als Schweizer Staatsbürgerin betrachte ich es daher als Aufgabe und Pflicht, die Erinnerung an den Holocaust wachzuhalten. Wir stehen in der Wissensvermittlung über den Holocaust an einem entscheidenden und sensiblen Moment, da nur noch wenige Zeitzeugen dieses furchtbaren Genozids unter uns sind. Wir möchten aufzeigen, wohin der Antisemitismus, der heute vielerorts wieder aufflackert, führen kann. Es ist die Verantwortung unserer Generation, den Ruf des «Nie wieder!» weiterzutragen.

## **Was gibt Ihnen Mut (Hoffnung) für Ihr Engagement?**

Bei der Erinnerung geht es um mehr als nur um den Schrecken, der nicht in Vergessenheit geraten soll. Es geht auch um die Hoffnung, die mit der Erinnerung verbunden ist, die Hoffnung auf mehr Menschlichkeit.

Die Worte von Elie Wiesel, dem berühmten

Holocaust-Überlebenden, lassen uns verstehen, worum es geht: «Erinnerungen sind das Lebenselixier einer Kultur. Sie nähren Hoffnungen und machen den Menschen zum Menschen.»

➔ [www.gamaraal.org](http://www.gamaraal.org)

➔ [www.last-swiss-holocaust-survivors.ch](http://www.last-swiss-holocaust-survivors.ch)

## **Kommentar**

Berichte von unabhängigen Medien und Agenturen zeigen auf, dass der Druck auf jüdische Minderheiten zunimmt, in Frankreich wie in Schweden oder Deutschland. Der Antisemitismus erhält auch durch die Migration aus islamischen Ländern Nahrung. 80 Jahre nach der Reichskristallnacht stellt sich die Frage erneut, ob der Staat seine jüdische Minderheit genügend schützt.

Thomas Feuz



## **Die «Reichskristallnacht»**

«Die Novemberpogrome 1938 – bezogen auf die Nacht auf den 10. November 1938 auch (Reichs-)Kristallnacht oder Reichspogromnacht genannt – waren vom nationalsozialistischen Regime organisierte Gewaltmassnahmen gegen Juden im gesamten Deutschen Reich. Über 1400 Synagogen und Versammlungsräume sowie Tausende von Geschäften, Wohnungen und jüdischen Friedhöfen wurden zerstört. Die Pogrome markieren den Übergang von der Diskriminierung der deutschen Juden seit 1933 zur systematischen Verfolgung, die knapp drei Jahre später in den Holocaust (gezielte Massenvernichtung, Anm. d. Red.) mündete.» (Quelle: Wikipedia)

# Siegt die Unvernunft in Rom?

**Italiens Populisten wollen ihre Wahlversprechen, wie z. B. ein sogenanntes Grundeinkommen von 780 Euro pro Monat für 6,5 Millionen Bürger, die unter der Armutsgrenze leben und aktiv Arbeit suchen, realisieren. Zudem sollen die Mindestrenten ebenfalls auf diesen Betrag erhöht werden. Hohe Ziele, doch sind sie realistisch?**



Arthur Gasser, a. Mitglied Gemeinderat Dübendorf

Woher stammen die Mittel für solch gewaltige Finanzprojekte? Die Antwort scheint simpel: Natürlich gleich weiterfahren wie bisher, das heisst kräftig weiter Schulden machen. Der italienische Staat hat insgesamt rund 2300 Milliarden Euro Schulden. Eine unvorstellbar hohe Zahl!

Die meisten Experten in Rom hatten bis zuletzt einen Kompromiss zwischen Finanzminister Tria und den Politikern Luigi Di Maio (Cinque Stelle) und Matteo Salvini (Lega) erwartet. Am Ende haben sich diese Politiker gegenüber dem Finanzminister durchgesetzt. Der Finanzplan sieht für die kommenden 3 Jahre eine Erhöhung des jährlichen Defizits auf 2,4 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) vor. Der Finanzminister hatte zuvor ein jährliches Defizit von über 1,6 % als untragbar bezeichnet. Italien ist mit 132 % des jährlichen BIP verschuldet. Jeder der 61 Mio. Einwohner hat somit pro Kopf rund 38 000 Euro Schulden des italienischen Staats zu tragen. Laut Medienberichten hat Staatspräsident Mattarella seinen Finanzminister gebeten, im Amt zu bleiben. Ob und wie lange er dies noch tut, ist mehr als fraglich. Denn es wird schwierig, in Brüssel einen Haushalt zu verteidigen, von dem er selber nicht überzeugt ist. Das Thema, das die Italiener am meisten interessiert, ist jedoch die Rückgängigmachung der Rentenreform von 2011. Da diese den Staat teuer zu stehen kommt, wird intensiv über Details verhandelt. «Triumph

der Unvernunft in Rom» titelte die NZZ am 29. September einen Leitartikel treffend.

## Infrastrukturprojekte geprüft

Das Papier enthält auch eine Reihe weiterer Massnahmen. So sollen 1,5 Mrd. Euro für Opfer der Bankenkrise fliessen. In erster Linie geht es in dem Dokument um eine Erhöhung der sozialen Ausgaben und um eine Umverteilung. Cinque Stelle und Lega sind der Ansicht, dadurch das Wachstum anzukurbeln. Doch echte Investitionen und Anreize für die darbenende heimische Wirtschaft fehlen. Für 2018 wird (bei einem vorgesehenen Budgetdefizit von 2,4 %) mit einem Wachstum des BIP von 1,1 % gerechnet. Das ist nur die Hälfte des europäischen Schnitts von 2,0 %. Zwar verspricht die Regierung, Milliardeninvestitionen in die Infrastruktur vorzunehmen. Die in Angriff genommenen Grossprojekte früherer Regierungen sollen hingegen einer neuen Kosten-Nutzen-Analyse unterzogen werden.

## Besorgte Reaktion aus Brüssel

Eine offizielle Stellungnahme wird die EU-Kommission erst abgeben, nachdem Italien Mitte Oktober die detaillierte Haushaltsplanung vorgelegt hat. Da Rom die vom Stabilitätspakt vorgegebenen Kriterien mit einem Defizit von 2,4 % aber klar missachtet, wird Brüssel dann wohl keine andere Wahl haben, als Korrekturen am Budget zu verlangen.

Der konjunkturelle Ausblick für Italien ist trüb. Die Jugendarbeitslosigkeit ist hoch. Insbesondere arbeitslose junge Männer sehen aus finanziellen Gründen keine Möglichkeit, eine Familie zu gründen. Es bleibt ihnen, der Not gehorchend, nur die Möglichkeit, weiterhin am Mittagstisch bei *mamma* Platz zu nehmen. Gute Hochschulabsolventen aus Italien machen nun das Gleiche, was ihre Grosseltern als einfache Hilfsarbeiter schon taten: sie wandern aus. Von der Banken- und der Versicherungswirtschaft werden auch in der Schweiz qualifizierte Uniabsolventinnen und -absolventen aus Italien zu gutem Lohn angestellt. Immerhin ein Sonnenstrahl, der durch die herbstliche Nebeldecke hindurch strahlt. •



# Uno will weltweite «Personenfreizügigkeit»

Neue Maxime Gleichheit: Geht es nach dem Willen der Uno, sollen alle Menschen überall von den gleichen Rechten und Leistungen profitieren können. Der Kollaps scheint vorprogrammiert.

## Der Migrationspakt gibt Migranten umfassende Rechte zur Einreise und Teilhabe in den Zielländern. Migration wird zum Menschenrecht. Was bedeutet dies für Europa und die Schweiz?



Lisa Leisi, Präsidentin der EDU Kt. St. Gallen

Der «Globale Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration» soll am 10. und 11. Dezember in Marokko von den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen unterzeichnet werden. Zwar ist der Migrationspakt rechtlich nicht bindend, aber dies dürfte sich ändern. Der Bundesrat schrieb im Bericht über die Migrationsausserpolitik 2017, die Schweiz strebe einen ambitionierten, politisch verbindlichen Pakt an, der global anerkannte Prinzipien, Richtlinien und Ziele festlege. Denn: «Die Schweiz wird hiervon direkt profitieren können.» Bis im Jahr 2065 wird mit 200 bis 300 Millionen Einwanderern nach Europa gerechnet.

### Weitreichende «Pflichten»

Kann Europa von der massenhaften Einreise von Migranten tatsächlich profitieren? Die angestrebten Regelungen sind vielfältig. So sollen nicht registrierte Personen mit legalen Ausweisen, Reiseunterlagen und anderen nötigen Dokumenten ausgestattet werden. Alle sollen von einer uneingeschränkten Bewegungs- und Reisefreiheit profitieren können. Familienzusammenführungen sollen gefördert werden. Migranten sollen Zugang zu Gesundheit, Wohnen, Bildung und zum Rechtssystem haben; dies soll als Menschenrecht stipuliert werden. Benachteiligungen sollen überwacht und untersucht werden. Die Mitgliedsländer verpflichten sich, Migranten und Volksgruppen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zur vollen Integration und sozialem Zusammenhalt zu befähigen. Jegliche Diskriminierungsformen sollen mittels

«Fakten-basiertem öffentlichen Diskurs» ausgemerzt werden, um die richtige Sichtweise über Migration zu formen. Rassismus, Gewalt, Xenophobie und Intoleranz gegen alle Migranten soll bekämpft werden. Die freie Meinungsäusserung soll, soweit im Einklang mit «internationalem Recht», gewahrt werden. Migranten soll es ermöglicht werden, ihre Gelder schneller, sicherer und günstiger in ihre Heimatländer zu überweisen. Auch sollen Migranten ihre Sozialversicherungsansprüche (z. B. Rentenzahlungen und Krankenversicherung) und sonstige Bezüge in ihre Heimat- oder Transitländer übertragen können.

### Rezept für Niedergang des Sozialstaats?

Mit diesem Migrationspakt werden zweifellos viele Menschen aus schlechteren Lebensverhältnissen zur Migration ermutigt – werden sie doch zu einer besonders förderungswürdigen und schützenswerten Gruppe mit allen Rechten und kaum Pflichten erklärt.

Wie lange wird es dauern, bis attraktive Einwanderungsländer unter der Last der Aufwendungen und Anspruchshaltungen in einem finanziellen und kulturellen Zusammenbruch enden? Mit diesem Pakt wird das friedliche Zusammenleben gefährdet und stattdessen ein Nährboden für Unruhen und anarchistische Entwicklungen gelegt. Merken unsere Regierungen tatsächlich nicht, wie staats- und gesellschaftsgefährdend dieser Migrationspakt ist, an dem sie teilweise kräftig mitarbeiten? •

# klipp & klar

Lisa Leisi, Thomas Feuz

## Couragierter EDU-Kantonsrat

Daniel «Danny» Frischknecht wurde vom «Beobachter» (20/18 vom 28.9.2018) als couragiert bezeichnet – für sein Engagement für billigere Medikamente gegen Hepatitis C (Schweiz: 20000 Franken/Packung, Australien: 700 Franken). Der «Beobachter» wörtlich: «Sein Kampf ist lobenswert, aber nicht zwingend mutig. Doch der christlich-konservative Politiker, selber an Hepatitis C erkrankt, outete sich für die Sache an einer Ratssitzung als ehemaliger Drogenabhängiger.»



## EDU Aargau: 2 x Nein

Am 25. November wird im Kanton Aargau über zwei Vorlagen abgestimmt:

- Aargauische Volksinitiative «JA! für euse Wald» vom 14. 2.2017
- Ständeratswahlrecht für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer; Verfassungsänderung vom 28.8.2018.

Die EDU Kt. Aargau empfiehlt für beide Vorlagen die Nein-Parole.

Weitere Informationen auf der kantonalen Website: [www.edu-ag.ch](http://www.edu-ag.ch).

## Aktuelle Petition

Kritik an der Homo- und Gender-Agenda ist kein Verbrechen! Nachdem der Nationalrat zugestimmt hat, wird der Ständerat im Dezember darüber entscheiden, ob in Zukunft jegliche Kritik an der Homo- und der Genderideologie strafbar wird. Damit wird auch die Glaubens-, Gewissens- und Meinungsfreiheit in Bezug auf Homosexualität abgeschafft. Mit untenstehendem Link kann die Petition gegen die Ausweitung des «Antirassismusesgesetzes» auf die sogenannte «Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung» und «Diskriminierung wegen Geschlechtsidentität» unterschrieben werden:

<https://www.patriotpetition.org/2018/10/11/kritik-an-der-homo-und-gender-agenda-ist-kein-verbrechen/>

Unterschreiben Sie deshalb für die Meinungsfreiheit! (11)



## Gemeinderanking

In einem Report ermittelte die ehemals auflagenstärkste Zeitung der Schweiz folgende Ranglisten: Am familienfreundlichsten sind Flaach und Wasterkingen ZH, Reigoldswil BL, Fischbach-Göslikon AG und Ossingen ZH, am Rentner-freundlichsten Fahrwangen AG, Billens-Hennens FR und Weiach ZH, am tierfreundlichsten Niederbuchsiten SO sowie Blumenstein und Pohlern BE, am Autofahrer-freundlichsten Henggart ZH, Pomy VD und Roggliswil LU. Einzig die Gemeinde Fischbach-Göslikon schaffte es in mehrere Kategorien.

(«Blick»/29.9.2018)

## Erfolg – ohne zu überzeugen?

Grosse Ernüchterung nach dem schlechten Abschneiden der CSU bei den Landtagswahlen vom 14. Oktober in Bayern. «Ein disziplinierter CDU-Landesverband, der mit den Grünen regiert und Merkel unterstützt, verliert genauso viele Stimmenanteile wie eine schlingernde CSU, die die Grünen und Merkel bekämpft», kommentierte WELT. Deutschland könnte «noch unruhiger werden». Zum guten Abschneiden der Grünen meinte die Spitze der CSU-Landesgruppe: «Offenbar ist es den Grünen gelungen, auch ohne Antworten auf politische Fragen sympathischer rüberzukommen.»





**So lautete das Motto des diesjährigen LIO-Festes, das am 20. Oktober in Winterthur und am 21. Oktober in Bern stattfand. Vier Missionsehepaare berichteten von ihrem Auftrag, wo sie neben der Aktion Weihnachtspäckli Not- und Winterhilfe leisten und dabei den Menschen von der Liebe Gottes berichten und Gemeinden aufbauen. Ganz im Sinne des Leitbilds von «Licht im Osten», das gelebte Nächstenliebe stets mit Wort und Tat verbindet.**

Malgorzata Stanek

Die Partner von «Licht im Osten» arbeiten lokal in ihren Heimatländern. Sie kennen die kulturellen Gepflogenheiten und sprechen «die Sprache der Leute». Dank Finanzen aus dem Projekt «Nothilfe» kaufen sie Lebensmittel, Brot und Hygieneartikel ein und verteilen diese, teils mit gut erhaltenen Kleidern aus den Hilfsgütertransporten aus der Schweiz, an die Ärmsten der Bevölkerung. Die praktische Hilfe öffnet ihnen die Türen in die Häuser und nicht selten in die Herzen.

### **Wo Christsein ein Verbrechen ist**

«Wir sagen den Leuten immer, wer wir sind und warum wir Hilfeleistungen erbringen. Wir lesen aus dem Evangelium und verteilen danach die Pakete und Hilfsgüter», erklärt Vlad. Zweimal pro Woche fährt er mit seinem Team ins **Kriegsgebiet in der Ostukraine**. Die Hilfseinsätze sind nicht ungefährlich. Seine Posts auf Facebook schliesst er jedes Mal mit den Worten: «Tue Gutes und verzage nicht!» Nicht selten wurden er und sein Team von Scharfschützen beschossen oder gerieten in die Schusslinie der Granatwerfer. Mehrmals mussten sie mit der lokalen Bevölkerung im Schutzkeller Zuflucht suchen. Doch der Krieg habe ihm auch gezeigt, wie vergänglich das irdische Leben sei und dass viele Menschen in schwierigen Umständen empfänglicher für Gott und den Glauben seien: «Die Lebensmittelpakete und Kleider aus der Schweiz

sind eine wunderbare Möglichkeit, den Zurückgebliebenen die Liebe Gottes zu bringen!»

Karen und Sveta aus **Usbekistan** berichteten von ihrer Arbeit unter systematischer Verfolgung. «Christsein ist ein Verbrechen in Usbekistan.» Als Ehepaar leiten sie ein christliches Reha-Zentrum und erleben, wie Alkohol- und Drogensüchtige Jesus ins Leben aufnehmen und suchtfrei werden.

Stas und Nadeschda aus **Jakutien** bauen Gemeinden fernab der Zivilisation. Mit einem Missionsflugzeug bringen sie das Evangelium in unerreichte Gebiete. So kommt die von «Licht im Osten» finanzierte Übersetzung des Neuen Testaments und der Psalmen auf Jakutisch in 30 Gemeinden und 25 Hauskirchen regelmässig zum Einsatz.

Ein kleiner Kinderchor, speziell für diesen Anlass aus Grossfamilien in der Ukraine gebildet, sang mit grosser Freude für die Festgäste und sorgte für viele strahlende Gesichter im Zuschauerraum. Andrej Matvijtschuk, Koordinator des Projekts «**Grossfamilien Ukraine**», berichtete von den Herausforderungen für Eltern und Pflegekinder in den Grossfamilien. Unermüdlich Gott und den Menschen zu dienen spiegelt den Eifer und die Motivation der vier Missionsehepaare wieder. Vlads persönlicher Spruch aus Galater 6,9 gab den passenden Slogan für das diesjährige LIO-Fest. •

# Adieu, David!

**Nach zweieinhalb Jahren verlässt David Gysel die EDU Schweiz per Ende Oktober.**

Hans Moser, Ressortchef Personal

Auf den 1. März 2016 wurde David Gysel mit einem Pensum von 40 % in der EDU Schweiz angestellt. Er übernahm die Redaktion des «Standpunkt»-Pendents «Impulsion» und hatte einen Auftrag im Auf- und Weiterausbau der EDU in der französischsprachigen Schweiz.

Auf seinen Wunsch verlässt uns David per Ende Oktober 2018. Wir bedauern das sehr, respektieren aber seine Entscheidung. Davids redaktionelle Beiträge, seine Übersetzungsarbeiten und sein Engagement in kantonalen Sektionen wurden sehr geschätzt. Er konnte seine zuverlässige, umsichtige und vorausdenkende Art in der EDU gut einbringen.

Wir wünschen David Gysel in der neuen Aufgabe bei idea-Spektrum Schweiz und seiner Familie für die Zukunft viel Freude, Kraft und Gottes Segen. A-Dieu, David!



## Zuschriften

Thomas Feuz

### «Standpunkt» allgemein

Ich möchte mich für Ihre wertvolle Arbeit bedanken. Ich stelle immer mehr fest, dass ich hier wirklich in der richtigen Partei gelandet bin. Bedanken möchte ich mich auch bei Herrn Reichenbach für seinen Artikel zum Lehrplan 21. (...) Ich freue mich immer wieder auf die «pagina italiana». Allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen Gottes reichen Segen bei Ihrer wertvollen Arbeit.

Rosmarie Flückiger (per E-Mail)

### Inserat für «Marktplatz»

Herzensdank für Ihre so rasche Antwort und die Hilfestellung.

Stefanie Flückiger (per E-Mail)

### Israel / Endzeit

Der Leserbrief von Josef Wüllner (2018-6) enthält völlig falsche Aussagen. Die zitierten Passagen aus dem Talmud können erst in neutestamentlicher Zeit eingefügt worden sein. Für uns sind die Aussagen des Alten Testaments massgebend, die mit Dutzenden Versen auf den Messias hinweisen und Jesus als den Messias verkünden. Jerusalem und die ganze Erde werden nicht vor Jesu Wiederkunft vernichtet, sondern erst nach dem Tausendjährigen Reich. Offenbarung 20 und 21 deuten nicht auf das Ende unseres Zeitalters, sondern auf die Zeit nach dem Tausendjährigen Reich und dem Jüngsten Gericht. Dann wird es keine Schweizer Botschaft mehr brauchen; denn Gott Vater und Sein Sohn Jesus werden im Neuen Jerusalem herrschen (vgl. auch [www.sebulon.ch](http://www.sebulon.ch)).

Fritz Vogel, Hasle-Rüegsau

### EDU-Seminare

Vielen Dank für die Unterlagen zum letzten Seminar. Es war sehr interessant und ich bin froh, kann ich die Vorträge noch einmal in Ruhe durcharbeiten. Es war grossartig. Ich werde die Unterlagen auch an Freunde und Bekannte weiterleiten. Ich war das erste Mal dabei und Ihr habt einen Fan gewonnen! Mit lieben Grüßen und Gottes Segen für

Euch und Eure wertvolle Arbeit  
Rosemary K. (per E-Mail)

### Briefwechsel

Danke für die Idee des amüsanten Briefwechsels zwischen einer reifen Dame und einem Jugendlichen, die durch ihren Glauben verbunden sind und einander ihre Sicht erklären. Das ist authentisches Leben teilen in der Gemeinde, über Denominationen und Altersgrenzen hinaus. (...) Bitte weitermachen mit der Kolumne, sie fägt! Herzlich Shalom,  
Gisela Blatter (per E-Mail)

### Ihre Ansicht interessiert uns!

Trotzdem können wir nicht alle Zuschriften berücksichtigen. Der Abdruck erfolgt gekürzt und in redigierter Form.

# Rezensionen

**Herbstzeit – Bücherzeit! Wenn die Abende länger werden, greifen wir gerne zu einem Buch oder schauen uns einen Film an. Geniessen wir diese Momente!**

Thomas Feuz



## CD «Der Himmel»

Der bekannte Autor und Referent Prof. Dr.-Ing. Werner Gitt ist nun auch zu hören! Das im Lichtzeichen Verlag erschienene Hörbuch «Der Himmel. Ein Platz auch für Dich?» (MP3-Format) darf durchaus als «Ohrenweide» bezeichnet werden. Gitt thematisiert die Sehnsucht nach dem Himmel, die eigentlich jeden Christen prägen sollte. Gleichzeitig kritisiert er, dass vielerorts der Begriff «Hölle» nicht mehr thematisiert wird. So wird die freudenvolle Botschaft gleichzeitig zum Apell, die Hauptaussage des Evangeliums neu zu thematisieren: Es gibt eine himmlische Herrlichkeit für alle, die das Liebesangebot Gottes in Jesus Christus angenommen haben, aber ebenso eine ewige Gott-Ferne sprich Verdammnis. Die CD eignet sich ausgezeichnet als Mitbringsel oder als kleine Aufmerksamkeit für Menschen, die einem am Herzen liegen.  
ISBN 978-3-86954-369-7, Haus der Bibel

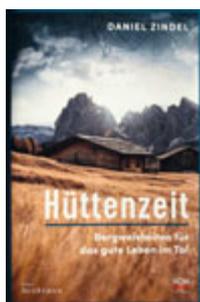


## «Auf Syriens Strassen erlebt»

Eine Frau «mit verletztem Herzen, einer unbezwingbaren Liebe für meine Heimat und einer Botschaft der Hoffnung»: So beschreibt sich die Autorin Schwester Marie-Rose. Ihr Erlebnisbericht, «Überlebensgeschichten aus Syrien» heisst es im Untertitel, lassen uns oft den Atem anhalten. Trotz Kriegswirren, «Zwangsverheiratung» junger Mädchen mit IS-Schergen, Tod und Zerstörung, Hunger und Durst verrichten Menschen wie Schwester Marie-Rose ihren Dienst. Sie möchte nichts weniger, als dass ihre Geschichten «ins Herz dringen, Anteilnahme erwecken und zur Fürbitte leiten». Sie schildert nicht nur grenzenloses Elend, sondern legt auch Zeugnis für Gottes übernatürliches und wundersames Eingreifen ab.

Die Zeittafel mit Ereignissen ab 2011 stellt die Geschichten von Leben und Überleben in einen grösseren geschichtlichen Zusammenhang. Das Buch entstand in Zusammenarbeit mit CSI (Christian Solidarity International).

ISBN 978-3-96140-031-7, 140 Seiten, ca. CHF 15, brendow-verlag.de



## «Hüttenzeit»

Wer sehnt sich nicht ab und zu nach etwas Distanz zur Hektik des Alltags? Auf eine feine Art vermittelt Daniel Zindel (Theologe, Gesamtleiter der «Stiftung Gott hilft» in Zizers, Coach und Autor) Eindrücke vom Leben in einer idyllisch gelegenen, einfach eingerichteten Hütte. Dazu gehören auch Einsamkeit, jede Menge Kuhmist und Fliegen, klirrende Kälte. Das Spezielle am Buch sind die Verbindungen, die Zindel zwischen seinen «Hüttenzeiten» und dem Engagement als Berufsmann, Ehepartner, (Gross-)Vater und Christ schafft.

Die eigene Komfortzone verlassen kann man auch dann, wenn das Ziel nicht eine Hütte in den Bündner Bergen ist. Bewusst den Kontakt zum Schöpfer suchen, dazu macht Zindel Mut. So finden sich immer wieder Einfügungen, die das Gesagte in den Kontext der Lesenden übertragen. «Im Tal ist meine Hütte», heisst's dann etwa, oder auch «In der Stadt ist meine Hütte». Auch im Alltag lässt sich der eigene sichere Ort finden – und bewusst gestalten. Auf 180 Textseiten tun sich überraschende Perspektiven auf. Etwa diese: «Die Stille stillt nicht einfach automatisch. Sie muss auch aktiv gestaltet werden.»

Daniel Zindel präsentiert ein Buch mit Mehrwert. Eindrücklich die Passage, wo der Autor weitab vom Schuss an ein bevorstehendes Referat erinnert wird. *Laptop hervorholen und vorbereiten*, ist Zindels erster Gedanke. Es geht auch anders: die Stille suchen, Gott um Rat fragen, warten und hören. Gemeinsam entdecken Autor und Lesende so das Geheimnis der «geballten inneren Kraft, die von Gott kommt».

ISBN 978-3-417-26859-1, 190 Seiten, ca. CHF 22, Verlag scm-brockhaus.de

# «mittendrin»

**Wir stecken mittendrin in einer gewaltigen Geröllhalde und kämpfen uns nach oben. Der Nebel zieht herauf und verhüllt die gewaltigen Felstürme...**

Ruedi Ritschard, Kolumnist

«Hoffetlig gsee wer de no es Bröösi da uehi, süscht wees de nät eso guet», meint mein Wanderfreund in seinem herrlichen Adelbodedütsch. Doch die Sonne macht kurzen Prozess mit den Nebelfetzen. Weit unten eine Sennhütte. Heimelig tönt das Glockengebimmel einer Kuhherde zu uns herauf.

## **Tollkühne Kühe und bebende Herzen**

Vor der Hütte haben wir mit einem weiteren, typischen Alpenprodukt zu kämpfen. Wir stehen plötzlich mittendrin in braunen, saftigen, dicken und fliegenbesetzten Kuchen, zum Teil schon getrocknet, zum Teil sehr frisch und glänzend. «Stengellose Kuhfladia» heisst dieses Naturereignis, kräftiges Aroma, aber zum Verzehr nicht geeignet. Wir umkurven diese Fladen so gut es geht – schwieriges Unterfangen bei dieser Menge, setzen uns auf einen grossen Stein und lassen uns die Serwelaa schmecken. Das Glockengeläut kommt näher, wie mir scheint. Zwei Hirten treiben eine Kuhherde von gegen vierzig Stück zusammen. Die Horntanten nehmen Kurs auf die Hütte. Vorsorglich suche ich nach einem Fluchtweg...

Noch hundert Meter. Wie auf Kommando rennen die Viecher plötzlich los, vollführen Luftsprünge, die Schwänze «gredi obsi» (Hörner haben sie nicht, scheint mir). Sie sind völlig aus dem Häuschen. Eine geballte Ladung von Milcherzeugerinnen ist daran, uns zu überrennen. Ich schliesse die Augen und ergebe mich. –

Urplötzlich Stille. Nur ein zufriedenes Schnauben und Schlecken rundherum. Da stehen die Kühe und lecken das ausgestreute Salz. Wir sitzen also mittendrin in vierzig Kühen, die Salz lecken und uns überhaupt nicht beachten. Nun sind auch die beiden Hirten eingetroffen. Wir begrüssen uns und kommen rasch ins Gespräch.

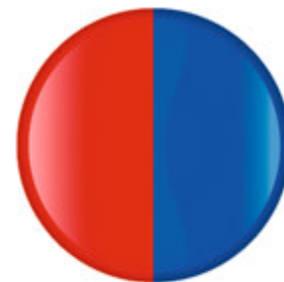
Einer erzählt, wie er in jungen Jahren auch schon «z Alp» ging und an die 150 Tiere betreute. Wie er dann nach schwierigen Zeiten den Ruf von Gott erhielt, ihm zu dienen. «Von Gott erzählen, singen, musizieren und Alphorn spielen, das ist mein Leben», sagt er. Nun habe er als «alter Mann» für einen Monat nochmals das «Alpenfeeling» erleben wollen. Und da weiss ich plötzlich, wer vor mir steht...

## **Gotteslob**

Spontan stimmt der Heimwehhirte Lorenz ein Lied an, spontan singen wir mit. Vierstimmig tönt die Melodie über die Alp. Die Kühe vergessen das Salz und hören andächtig zu. Mittendrin in den Kühen, mittendrin in den Bergen, in Gottes schöner Natur singen wir ein Lied nach dem andern. Irgendwie abgehoben, unwirklich, aber echt. Dieses Erlebnis geht tief.

Wir stehen mittendrin im Leben. Bald stehen wir mittendrin in der festlichen Zeit. Lasst uns auch singen zur Ehre Gottes und ihm danken! Denn wir sind umringt von Gottes Liebe und Güte. Wir stehen mittendrin. •

# Firme «a pagamento»



**Come saprete, in Ticino, è frequente l'uso di pagare, un tanto a firma, i raccoglitori di firme per le iniziative ed i referendum. Ma è eticamente lecito?**

Edo Pellegrini, presidente UDF Ticino

Nessuna legge lo proibisce e nessuno è obbligato a firmare, per cui non vedo nessun problema. Il Canton Ticino è fra i 2-3 cantoni che richiedono più firme per la riuscita di referendum ed iniziative e, come se non bastasse, è anche fra quelli che concedono meno tempo per la raccolta. Da quando, poi, è stato generalizzato il voto per corrispondenza c'è un ulteriore impedimento poiché, in precedenza, la maggior parte delle firme veniva raccolta mettendo delle bancarelle ai seggi delle vo-

tazioni, seggi ai quali, ormai non si reca quasi più nessuno: è diventato quasi impossibile l'esercizio dei diritti popolari senza i raccoglitori a pagamento.

**Ma dirò di più: è proprio grazie ai raccoglitori a pagamento che il popolo può dire la sua e la dimostrazione l'abbiamo avuta il 23 di settembre con la votazione su «La Scuola che verrà».** Il referendum è riuscito solo grazie alle oltre 4'000 firme procurate dai raccoglitori a pagamento. Senza di loro il referendum non sarebbe riuscito, la po-

polazione non sarebbe stata chiamata alle urne e la sperimentazione sarebbe già in corso dall'inizio del corrente anno scolastico, contrariamente al volere dei cittadini! Adesso coloro che sono contrari alla remunerazione dei raccoglitori di firme, ma favorevoli ai diritti popolari, se intellettualmente onesti, hanno un'ottima ragione per cambiare parere.

A pensarci bene un modo per evitare le «firme a pagamento» ci sarebbe ed è molto semplice: basterebbe ridurre il numero di firme

necessario ed aumentare il tempo a disposizione per la riuscita di referendum ed iniziative! E l'occasione per farlo si presenterà in un futuro (speriamo) non troppo lontano; è infatti pendente in Gran Consiglio una proposta di Sergio Morisoli che chiede, appunto, di aumentare il tempo a disposizione e di diminuire il numero di firme necessario. Se il Gran Consiglio l'accetterà, dovrà poi esprimersi il popolo trattandosi di una modifica costituzionale.

«... Geschenkabo, Gast an Feier, Sektionspräsident»

## Wie kamen Sie zur EDU?



«Ein Freund aus meiner Kirchgemeinde schenkte mir vor langer Zeit ein «Standpunkt»-Abo. An der 10-Jahr-Feier der EDU Bezirk Hinwil vor rund zehn Jahren nahm ich als Gast teil. Da einige spannende Reden zu hören waren und ich mich in eine Partei einbringen wollte, wurde ich EDU-Mitglied.

Unvergessen bleibt der Wahlauftakt 2011 in Beromünster, wo ich die EDU-Familie in einem grösseren Rahmen kennenlernen durfte. Ich war damals neu als Präsident der EDU Rütli tätig. Als Ortspräsident und nun als EDU-Bezirkspräsident durfte ich einige lokale Wahlkämpfe führen und Vorträge organisieren. So gab es bei Wahlen oder gut besuchten Vorträgen immer wieder Erfolgserlebnisse. Natürlich gehören auch Misserfolge dazu. (Als EDU-Politiker hat man keine Gründe, abgehoben zu sein!)

Politik interessiert mich seit meiner Teenagerzeit. Nach der Abwahl von Bundesrat Blocher hatte ich mich entschieden, aktiv zu werden und mich nicht nur darüber zu ärgern, was alles schief läuft. Ich ärgere mich zwar immer noch ...

Ich kann es überzeugten Christen nur ans Herz legen, sich in der Politik zu engagieren, solange wir noch mitbestimmen können. Meine Einstellung deckt sich zu 95 % mit den EDU-Parolen. Deshalb ist die EDU wie zugeschnitten auf mich.»

Fabian Winiger (47)  
verheiratet, 4 Kinder, Geschäftsführer/Steinmetz im eigenen Betrieb, wohnhaft in Rütli;  
Präsident EDU Bezirk Hinwil, Co-Präsident EDU Rütli/Dürnten

# Angebote und Termine

## Marktplatz

### VERKAUFEN

**Medjoul-Datteln aus Israel, neue Ernte**, 5 kg CHF 80.-, plus Porto und Verpackung. Bestellen bei Peter Bonsack, Kallnach. Kontakt: 079 607 12 07

### VERMIETEN

**Haus mit angebauter Scheune und Umschwung, in Leimbach TG.** Holzheizung mit Kachelofen, ab Dezember 2018. K: 076 331 53 99

**Ab Januar 2019 in Bülach (zentral gelegen) Erstvermietung:** attraktive, helle, ruhige 4.5-Zi.-Wohnung (114m<sup>2</sup>, Neubau) im 2. OG. Inkl. 2 Garagenplätze. Mietkonditionen auf Anfrage. K: Hp. Baserga: hp.baserga@swissonline.ch, 079 346 66 38

**Ab Januar 2019: grossräumige helle 3.5-Zi.-Wohnung in Bauernhaus in Ringoldswil.** K: H. u. R. Sauser, 033 243 15 45

### OFFENE STELLEN

**Wir suchen gelernten Landschaftsgärtner mit Berufserfahrung in vielseitigen Kleinbetrieb,** vorwiegend Gartenunterhalt, Region Bern. Sie bringen viel Freude am Beruf mit, arbeiten gerne in einem kleinen Team, sind verantwortungsbewusst, belastbar und bekennender Christ. Arbeitsbeginn Herbst 2018/Anfang 2019 oder n. Vereinbarung. K: 079 354 33 23

### VERSCHENKEN

**Vortrags-CD von Manfred Paul: «Ist konsequente Nachfolge trotz täglicher Versuchung und Anfechtung möglich?»** Eine Ermutigung für Kinder Gottes! Gratis erhältlich beim Literatur-Dienst, Postfach 21, 3113 Rubigen BE. K: 079 613 20 02, literatur-dienst@bluewin.ch

**Italienisch-Unterlagen (Anfänger) für Selbststudium abzugeben.** K: 062 965 05 47

### VERSCHIEDENES

**Patientenverfügung, Vorsorgeauftragsmuster, Verfügung für Erdbestattung** finden Sie unter [www.ve-p.ch](http://www.ve-p.ch), oder gratis bestellen: Sekretariat VE + P, Postfach 16, 8514 Bissegg

## Die EDU lädt ein

**Baden:** jeden 2. Montag im Monat, Beginn 19.15–19.30h, Schluss 21h., im «be blessed plus», Rathausgasse 8: EDU-Gebet. K: 079 541 38 51

**Biel:** jeden 1. Donnerstag im Monat, 19h, Fam. Wüthrich,

Weidstrasse 15: EDU-Gebet. K: 032 365 42 53

**Heiden:** jeden 1. Dienstag im Monat, 14.30h, Pfingstgemeinde, Asylstrasse 26: EDU-Gebet. K: 077 520 48 73

**Männedorf:** jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen, 9–10h, Luegislandstrasse 27: EDU-Gebet. K: 044 920 45 43

**Zürich:** jeweils am 2. Mittwoch im Monat, 18.30–19h, Glockenhof, Raum der Stille, Sihlstrasse 33: EDU-Gebet. K: 044 322 61 46

**25.10. Schaffhausen:** 20 h, im grossen Saal des Restaurants «Altes Schützenhaus»: MV der EDU Kanton Schaffhausen. Gäste herzlich willkommen. [www.edu-sh.ch](http://www.edu-sh.ch)

**12./26.11. Bülach:** 20h, Gemeinde für Christus, Schaffhauserstrasse 4: Gebet der EDU Zürcher Unterland. K: 044 865 20 32, 044 856 01 93

**18.11. Herisau:** 17h, Pfingstgemeinde, Rosenastrasse 1: EDU-Gebet. K: 071 351 67 39

**29.11. Zofingen:** 19.30h, EMK-Kirche, Sälistrasse 2: Israel-Vortrag «Israel: Gottes Endzeit-Uhr» mit Dr. theol. Roger Liebi; Veranstaltung der EDU Bezirk Zofingen

## Christliche Anlässe

### Zukunft CH

Vortragstournee mit Familienfachfrau und Preisträgerin Regula Lehmann «Stark durch Bindung und Präsenz», jeweils 19.30h, Eintritt frei, Kollekte

**24.10.** Wettingen, Freie Evangelische Gemeinde, Chrüzpunkt, Landstrasse 170

**25.10.** Wetzikon, Pfarreizentrum Heilig Geist, Langfurrenstrasse 10

**30.10.** Regensdorf, Katholische Pfarrei St. Mauritius, Schulstrasse 112

**1.11.** Thun, Pfingstgemeinde Thun, Frutigenstrasse 45, in Zusammenarbeit mit der EDU Thun

**13.11.** St. Gallen, Freie Evangelische Gemeinde Goldbrunnen, Goldbrunnenstrasse 44 K: 052 268 65 00, [www.zukunft.ch](http://www.zukunft.ch)

### Action Biblique Bern/FEG Bern

**27.10.** 9–12h, Kapelle im Siloah-Areal, Worbstrasse 328, Gümli- gen: Seminar «Biblische Seelsorge an Kranken, Sterbenden und Trauernden» mit Prof. Dr. Armin Mauerhofer. Teilnahme kostenlos, Anmeldung erwünscht. K: 031 515 62 64, [www.ab-bern.ch/kontakt](http://www.ab-bern.ch/kontakt)

### FEG Uznach

**28.10.** 19.30h, Seminarcenter Treffpunkt, Etzelstrasse 5, Uznach:

«Achtung, schleichende Verführung!» mit Missionar Alfredo Schürch. K: [www.seminarcenter-treffpunkt.com](http://www.seminarcenter-treffpunkt.com)

### Verein Ha'Tikva/FEG Liestal/UNICA

**29.10.** 19.30h, UNICA-Schule, Sigmundstrasse 1, Liestal: Vortrag «Israelboykott – Hintergründe und Absichten von BDS & Co.»

### Credo Schloss Unspunnen Wilderswil

**2.–4.11.** Theol.-Seelsorge-Seminarwochenende

**2.11.** Credogebet

**26.–30.11.** Ora et Labora K: 033 822 32 06, [www.credo.ch](http://www.credo.ch)

### Gemeinde für Christus

**2.–4.11.** Frutigenkonferenz «Ermutigt» K: [www.frutigenkonferenz.gfc.ch](http://www.frutigenkonferenz.gfc.ch)

**23.–25.11.** Eheseminar – Impulse für eine Ehe mit Vision K: Seminar- und Freizeithaus Wydibühl, Wydibühlstrasse 24, 3671 Herbligen, K: 031 770 71 71, [www.freizeithaus.gfc.ch](http://www.freizeithaus.gfc.ch)

### Konzerte des Musikkorps, Frauenchors und Gesamtchors der Heilsarmee Zürich Zentral

**3.11.** 17h, Ref. Kirche Obfelden

**10.11.** 17h, Ref. Kirche Neftenbach

**11.11.** 15.30h, Kirche St. Peter, Zürich

### Schweizerischer Bund aktiver Protestanten (CHBAP)

**3.11.** 10–12h, u. 14–16h, Hotel Kreuz, Zeughausgasse 41, Bern: Reformationstagung 2018 «Die Verführung in der Endzeit» und «Der Glaubenskampf und die Treue zu Gottes Wort» mit Dr. theol. Roger Liebi. K: 031 381 55 56, [www.chbap.ch](http://www.chbap.ch)

### STH Basel

**3.11.** 9.30–16.30h, Studentag «Ehe: Biblische Grundlage in gesellschaftlicher Herausforderung.» K: [www.sthbasel.ch](http://www.sthbasel.ch)

### Seminar für biblische Theologie Beatenberg

**5.–9.11.** Weiterbildung: Jakobusbrief, mit Theo Wüst

**16.–18.11.** Frauen-WE mit Beatrice Hauser

**19.–23.11.** Weiterbildung: Missiologie II mit Johannes Müller

**26.–30.11.** Weiterbildung: Einführung Evangelistik mit Beat Abery K: 033 841 80 00, [www.gaestehaus.ch](http://www.gaestehaus.ch)

### Ländli Oberägeri

**9.–11.11.** Coaching-WE «Meinen Platz im Leben finden»

**9.–11.11.** Frauen-Verwöhn-WE «Heldinnen des Alltags»

**10.11.** 10.30–16h, FEG Thun/BE, Waisenhausstrasse 5, TextLive-Impuls-Tag: Ideen, Produkte,

Kurzseminare, Apéro und grosse Verkaufs-Ausstellung mit Weihnachtsprodukten.

**15.11.** Oasentag «Jesus spricht: «Deine Sünden sind dir vergeben!»

**19.–23.11.** Retraite «Es ist gut so, wie es ist.» K: 041 754 91 11, [www.zentrum-laendli.ch](http://www.zentrum-laendli.ch)

### Freie Evang. Gemeinde Uznach

**10.11.** 9–16.30h, Seminarcenter Treffpunkt, Etzelstrasse 5, Uznach: Bibelstudientag «Der Römerbrief – das Evangelium Gottes» mit Benedikt Peters. Cafépausen mit Gebäck, Suppen-z'Mittag. Freiwilliger Unkostenbeitrag. K: [www.seminarcenter-treffpunkt.com](http://www.seminarcenter-treffpunkt.com)

### Bibelbund Schweiz

**17.11.** 10–15.30h, Stadtcasino Frauenfeld: 23. Bibelbund-Tagung «Gender contra Bibel» mit Michael Kotsch und Heinz Flütisch K: [info@bibelbund.ch](mailto:info@bibelbund.ch), [www.bibelbund.ch](http://www.bibelbund.ch)

### FEG Schweiz

**23.2.2019** 9.30–16.30h, Zürich: Impulstag für Verliebte und Verlobte «Fit für die Ehe?!». Die praxisnahe und hilfreiche Ergänzung zur persönlichen Ehevorbereitung. Auch für Paare, die noch nicht heiraten wollen. K: [www.feg.ch/ehefamilie](http://www.feg.ch/ehefamilie)

### Kontaktperson

Nicole Salzmann  
[marktplatz@edu-schweiz.ch](mailto:marktplatz@edu-schweiz.ch)

Stimmt Ihre Adresse noch?

**Danke!**

Bitte helfen Sie Kosten sparen und teilen Sie uns Änderungen rechtzeitig mit: Telefon 033 222 36 37 [mutationen@edu-schweiz.ch](mailto:mutationen@edu-schweiz.ch)

**STANDPUNKT**

Christlich-politische Monatszeitschrift

Der «EDU-Standpunkt» 12/2018 wird am 19. November versandt. Redaktionsschluss: 2. November, Druck: 15. November 2018

**Impressum**

**HERAUSGEBER/ REDAKTION**

EDU-Standpunkt  
 Postfach 43  
 3602 Thun

**ADMINISTRATION UND  
 ADRESSMUTATIONEN**

033 222 36 37  
 mutationen@edu-schweiz.ch

**ANZEIGENVERKAUF**

(Inserate, ohne Marktplatz)  
 031 818 01 42  
 inserate@edu-schweiz.ch

**MARKTPLATZ (SEITE 18)**

033 222 37 06  
 marktplatz@edu-schweiz.ch

**REDAKTION**

033 222 37 07  
 redaktion@edu-schweiz.ch

**ABONNEMENT**

CHF 30.-/25 € (inkl. 2,5 % MwSt)

**REDAKTION**

Thomas Feuz (Leitung)  
 Arthur Gasser  
 Roland Haldimann  
 Lisa Leisi  
 Martin Lex  
 Hans Moser  
 Markus Reichenbach  
 Daniel Suter

Schreibende geben ihre  
 persönliche Ansicht wieder.

**KONZEPT/ GESTALTUNG**

Basel West Unternehmenskommunikation AG

**LAYOUT**

Harold Salzmann

**DRUCK UND SPEDITION**

Jordi AG, Belp

**FOTOS**

Titelseite: istock.com/BrianAJackson  
 2, 4-8, 10-11, 13-16, 20: pixabay.com  
 12, 18: Harold Salzmann  
 Kopfbilder, 17, 19: zvg

Erscheint monatlich  
 11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8)  
 Auflage: 23 800 Exemplare

Postcheck 30-23430-4  
 IBAN CH 35 0900 0000 3002 3430 4  
 www.edu-schweiz.ch

**PROBEABONNEMENT**

info@edu-schweiz.ch  
 033 222 36 37

**JAHRESABONNEMENT**

CHF 30.-/25 € (inkl. 2,5 % MwSt.)

**Fachhändler für Naturbettwaren**

**Massivholzbetten in über 60 Designs**  
**fanello-Lattenrost und Naturlatexmatratze**  
**Schurwollduvets, Kissen und Bettauflagen**

**Kommen Sie vorbei und lassen Sie sich beraten!**



**Spycher-Handwerk**

**Schaukarderei**



- Naturfaserkleider
- Jurtenübernachtung
- Betriebsführungen

**www.kamele.ch**

**062 962 11 52**



## 70 JAHRE ISRAEL

**Ist Gott nicht der Herr der Gerechtigkeit?**

- ✓ Ein Buch mit biblischen Offenbarungen im heutigen Geschehen.
- ✓ Viel Wahrheit kommt an das Licht.
- ✓ Marc Früh bringt Fakten.
- ✓ Ein Buch das niemand gleichgültig lässt.

**CHF 22.-  
Euro 20.-**



**www.editions-elroi.ch**



**5728 Gontenschwil 062-773 12 40**

**Spenglerei · Sanitär · Heizungen**

*Für mehr Lebensqualität.*





**Hilfsmittel** Heimberg

**www.rs-hilfsmittel.ch**



Gutschein für einen kostenlosen Eintritt  
in die Erlebnisproduktion «kybun World»  
im Wert von CHF 12.–  
kyEDU0618-01 / Gültig bis 30.06.2019

## Gesundheitspark mit Schweizer Schuhproduktion auf über 9'000 m<sup>2</sup>

Wollen Sie ein Leben lang schmerzfrei gehen können? Entdecken Sie an über 70 Stationen, wie und warum das viel einfacher ist, als Sie denken.

- Testen Sie Ihre Beweglichkeit, Ihr Balanciervermögen und Ihr Immunsystem.
- Erleben Sie, warum die Füße der Schlüssel zu Ihrer Gesundheit sind.
- Schauen Sie zu, wie in der Schweiz Schuhe industriell hergestellt werden.

**kybun<sup>+</sup>  
world**  
kybun-world.com

**FERIEN & SEMINARE**  
www.cvjm-zentrum.ch

**PROSPERITA**  
Die christlich-ethische  
Pensionskasse  
www.prosperita.ch

**SPITALSCHIFFE**  
FÜR DIE ÄRMSTEN  
Sie können  
helfen!  
www.mercyships.ch

**Huwa**  
100 Jahre  
www.huwa.ch

**baumann**  
elektro  
jung, dynamisch und motiviert  
baumannelektro.ch | 031 721 62 27

**MAF**  
Flying for Life  
maf-swiss.org

**RE/MAX**  
Immobilienmakler  
Nathanael Regez  
Tel. 079 215 57 27  
n.regez@remax.ch  
**Kostenlose Schätzung**

**HINE ADON**  
**HOTEL**  
APARTHOTEL  
HINEADON.COM

**Solidarität mit  
bedrängten  
Christen!**  
■ **Mahnwache**  
Donnerstag  
13. Dezember 2018  
18.00–18.30 Uhr



- Basel Claraplatz
- Bern Kornhausplatz
- Bischofszell
- Chur Kornplatz
- Frauenfeld Sämannsbrunnen
- Giubiasco Piazza Grande
- La Neuveville Place de la Gare
- Lausanne Place St-Laurent
- Luzern Torbogen beim Bahnhof
- Neuenburg Place Pury
- Romanshorn Sternenplatz
- St. Gallen Marktgasse Brunnen
- Thun Rathausplatz
- Weinfelden Marktplatz
- Zürich Züghusplatz vis à vis Paradeplatz

**CSI-schweiz.ch**